

„Reichsbürger“ zwischen zielgerichtetem Rechtsextremismus, Gewalt und Staatsverdrossenheit

I. Einleitung

Das Entsetzen war groß, als im August und Oktober 2016 bei Polizeieinsätzen gegen „Reichsbürger“ in Reuden (Sachsen-Anhalt) und Georgensgmünd (Bayern) ein Polizist getötet und mehrere Polizisten zum Teil schwer verletzt wurden (siehe *Abbildung 1*).¹ Der deutschen Öffentlichkeit wurde schlagartig klar, dass die bis dahin nicht selten verharmloste „Reichsbürger“-Szene die Schwelle zur brutalen Gewalt erstmalig überschritten hatte. Seit November 2016 werden „Reichsbürger“ daher von den Verfassungsschutzbehörden als Beobachtungsobjekt eingestuft. „Reichsbürger“ und ihre Aktivitäten kön-

¹ Am 25.8.2016 stürmte ein Sondereinsatzkommando der Polizei ein Grundstück in Reuden, um eine Zwangsvollstreckung durchzusetzen. Das Grundstück gehörte Adrian U., einem hoch verschuldeten und tief in die „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Szene verstrickten ehemaligen „Mister Germany“. Als Adrian U. mit einer illegalen Waffe auf die Polizisten zukam, kam es zu einem Schusswechsel. Zwei Polizisten wurden verletzt, Adrian U. wurde ebenfalls angeschossen und sitzt seitdem wegen versuchten Mordes an einem Polizeibeamten in Untersuchungshaft. Am 19.10.2016 war ein Sondereinsatzkommando der bayerischen Polizei in das Haus des „Reichsbürgers“ Wolfgang P. in Georgensgmünd eingedrungen. Wolfgang P., ein von der Insolvenz bedrohter Fachtrainer für Gewaltprävention, Freizeitjäger und Sportschütze, war steuersäumig. Weil er seine Kfz-Steuer nicht bezahlt hatte und auch anderweitig in der Stadt auffiel, wurde seine waffenrechtliche Genehmigung vom Landkreis wegen Unzuverlässigkeit widerrufen. Als sich die Polizisten Zugang zu seinem Haus verschafften, um seine Waffen zu konfiszieren, schoss Wolfgang P. vom oberen Stockwerk seines Hauses durch eine Tür auf die Beamten. Der Polizist Daniel E. wurde von mehreren Kugeln getroffen und erlag am Folgetag einer Lungenverletzung. Drei weitere Polizisten wurden ebenfalls verletzt. Die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth erhob im April 2017 Anklage wegen Mordes und versuchten Mordes. Das Landgericht Nürnberg-Fürth verurteilte Wolfgang P. am 23.10.2017 wegen Mordes, zweifachen versuchten Mordes sowie gefährlicher Körperverletzung zu lebenslanger Haft. Vgl. zum Abschluss des Falles Wolfgang P. den Prozessbericht von Maxwill, Peter (2017): Urteil in „Reichsbürger“-Prozess. Ein „wahrhaftiger Mensch“, ein Mörder, in: Spiegel Online vom 23.10.2017, unter <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/reichsbuerger-prozess-ein-wahrhafter-mensch-ein-moerder-a-1174273.html>, Stand der Abfrage: 23.12.2017. Vgl. zu den Fällen „Reuden“ und „Georgensgmünd“ auch Keil, Jan-Gerrit (2017): Zwischen Wahn und Rollenspiel – das Phänomen der „Reichsbürger“ aus psychologischer Sicht, S. 54 (103 ff.), in diesem Band.

nen seitdem in ganz Deutschland mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet werden.

Die Verfassungsschutzbehörden und die Landeskriminalämter betrachten das Milieu inzwischen sehr differenziert und unterscheiden zwischen „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“. Das Gesamtmilieu setzt sich aus Vereinen, personellen Netzwerken und Einzelpersonen zusammen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen, sich als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren und deshalb bereit sind, Verstöße gegen die Rechtsordnung zu begehen. Schon seit einigen Jahren werden kommunale Verwaltungsbedienstete von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ belästigt und teilweise bedroht. Ebenso stehen Richter, Staatsanwälte, Justizmitarbeiter und Polizisten verstärkt im Fokus dieses Milieus. Nach dem tödlichen Vorfall von Georgensgmünd werden „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ von den Landeskriminalämtern auf waffenrechtliche Erlaubnisse hin überprüft, um diese ggf. zu entziehen und so den Waffenbesitz verhindern zu können.



Abbildung 1: Gedenkminute am 29.10.2016 in Teltow für den von einem „Reichsbürger“ in Georgensgmünd getöteten SEK-Beamten Daniel E.²

² Bild: Polizei Teltow, 2016. Hintergrund: Bundesweit wurde am 29.10.2016 an vielen Einsatzfahrzeugen der Polizei das blaue Sondersignal für eine Gedenkminute eingeschaltet und Funkantennen mit Trauerschleifen versehen. In der brandenburgischen Stadt Teltow setzte man ein besonderes Zeichen. Vor der örtlichen Wache bekundeten die Feuerwehr und der städtische Rettungsdienst gemeinsam mit der Polizei ihre Anteilnahme.

Dass es bisher im Land Brandenburg noch zu keiner einschneidenden Gewalttat in diesem Milieu gekommen ist, hängt u.a. mit der intensiven Aufklärung zusammen, die verschiedene Institutionen und Behörden seit geraumer Zeit im Land leisten. „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ treten seit einigen Jahren so zahlreich in Brandenburg auf, dass allein der Verfassungsschutz Brandenburg in den Jahren 2012 bis 2017 über 100 Informations- und Beratungsveranstaltungen mit rund 5.000 Bediensteten der Landes- und Kommunalverwaltungen durchgeführt und frühzeitig Informationsmaterial angeboten hat.³ Das brandenburgische Landeskriminalamt (LKA) und das Mobile Beratungsteam von „Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“ führen ebenfalls regelmäßig Informationsveranstaltungen durch.⁴ Darüber hinaus wurde der Landtag Brandenburg umfassend über „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ informiert.⁵

³ Vgl. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (2013): „Reichsbürger“ und Selbstverwalter“. Eine Information des Verfassungsschutzes, Potsdam; Rathje, Jan (2014): „Wir sind wieder da“. Die „Reichsbürger“: Überzeugungen, Gefahren und Handlungsstrategien, Berlin (Amadeu Antonio Stiftung); Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2015): „Reichsbürger“. Eine Information des sächsischen Verfassungsschutzes, Dresden; Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin (2015): Die Reichsbürgerbewegung, Infolyer, Berlin; Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (2015): Reichsbürger. Sonderlinge oder Teil der rechtsextremen Bewegung?, Tagungsband zur Fachtagung am 8.10.2014, Magdeburg.

⁴ Vgl. zur „Reichsbürger“-Bewegung aus der Sicht des Mobilen Beratungsteams in Brandenburg Wilking, Dirk (2017): Die Anschlussfähigkeit der „Reichsbürger“ im ländlichen Raum aus der Sicht des Mobilen Beratungsteams im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung, S. 221 (221 ff.), in diesem Band.

⁵ Vgl. Abgeordnete Bettina Fortunato (DIE LINKE), Fragestunde, Landtag Brandenburg, Drucksache 5/6696, S. 4; Abgeordneter Klaus Ness (SPD), Kleine Anfrage 2649, Landtag Brandenburg, Drucksache 5/6720, und die Antwort der Landesregierung, Landtag Brandenburg, Drucksache 5/6888, S. 5721 f.; Abgeordnete Andrea Johlige (DIE LINKE), Kleine Anfrage 1312, Landtag Brandenburg, Drucksache 6/3133, und die Antwort der Landesregierung, Landtag Brandenburg, Drucksache 6/3298, sowie Kleine Anfrage 1833, Landtag Brandenburg, Drucksache 6/4375, und die Antwort der Landesregierung, Landtag Brandenburg, Drucksache 6/4588; Abgeordneter Erik Stohn (SPD), Kleine Anfrage 2040, Landtag Brandenburg, Drucksache 6/4926, und die Antwort der Landesregierung, Landtag Brandenburg, Drucksache 6/5070, sowie Kleine Anfrage 2203, Landtag Brandenburg, Drucksache 6/5309, und die Antwort der Landesregierung, Landtag Brandenburg, Drucksache 6/5481; Abgeordneter Danny Eichelbaum (CDU), Kleine Anfrage 2044, Landtag Brandenburg, Drucksache 6/4930, und die Antwort der Landesregierung, Landtag Brandenburg, Drucksache 6/5071; Abgeordnete Björn Lakenmacher (CDU)/Danny Eichelbaum (CDU), Kleine Anfrage 2210, Landtag Brandenburg, Drucksache 6/5320, und die Antwort der Landesregierung, Landtag Brandenburg, Drucksache 6/5483; Ausschuss für Inneres, Landtag Brandenburg, Ausschussprotokoll 5/49, S. 34 ff., Ausschussprotokoll 6/23, S. 28 f., Ausschussprotokoll 6/28, S. 28 ff., jeweils unter <http://www.parldok.brandenburg.de>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

Dennoch birgt das Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ im Land Brandenburg weiterhin Radikalisierungspotenzial in sich. Das zeigt ein prägnantes Beispiel aus dem Süden Brandenburgs: Einige Monate vor der grausamen Tat in Georgensgmünd hält der „Reichsbürger“ Rico H. Mitarbeiter der Ausländerbehörde, Gerichtsvollzieher und die Polizei im Landkreis Oberspreewald-Lausitz in Atem. Das bezieht sich weniger auf seine „Montagsdemonstrationen“ in der Stadt Großräschen, die er einige Monate lang veranstaltete. Vielmehr sind es seine ständigen „Besuche“ in der Ausländerbehörde des Landkreises, wo er die Mitarbeiter wochenlang mit verschiedenen, unsinnigen Anliegen rund um die Staatsangehörigkeitsbescheinigung⁶ unter Druck setzt. Als er sogar nach Dienstschluss nicht von den Mitarbeitern der Kreisverwaltung ablässt, muss die Polizei zur Hilfe gerufen werden. In den folgenden Monaten konzentriert sich Rico H. auf die Polizei. Insbesondere bei Vollstreckungsmaßnahmen unterstützt er andere „Reichsbürger“ als Rechtsbeistand⁷ und filmt Polizeimaßnahmen. Mithilfe zusammengeschnittenen Filmmaterials versucht er, die Polizei als unfähig und als Vertreter eines „Unrechtsstaates“ darzustellen. Auch das Facebook-Profil von Rico H. ist einschlägig und weist ihn als langjährigen Anhänger bekannter Verschwörungserzählungen aus. Um den Jahreswechsel 2015/2016 wird nach Rico H. gefahndet. Schließlich wird er Ende Januar 2016 in Senftenberg von der Polizei aufgegriffen. Rico H. war auf dem Weg zu seiner „Montagsdemonstration“. In einem Rucksack trug er ein Bajonett.

Für Menschen wie Rico H. ist die Bundesrepublik kein souveräner Staat, sondern ein „Geschäftsmodell“ namens „BRD GmbH“⁸ zur „Ausplünderung des Volkes“ und daher „illegitim“. Für sie sind somit alle Gesetze, amtliche Bescheide und Gerichtsurteile nichtig. Ihr Sehnsuchtsort ist das Deutsche Reich. „Reichsbürger“ sind der Auffassung, eine über die Abstammung ererbte, „latente, verborgene Staatsangehörigkeit“ mache sie zu Angehörigen dieses Reiches. Alternativ zur Vorstellung eines Deutschen Reiches erklären andere Teile dieses Milieus ihre eigenen Grundstücke zu „souveränen“ Gebieten oder „Staaten“. Die naiven Staatsideen solcher „Selbstverwalter“ sind

⁶ Der Staatsangehörigkeitsausweis wird grundsätzlich dann verlangt, wenn entsprechende Rechtsfolgen von Gesetzes wegen an die deutsche Staatsangehörigkeit einer Person geknüpft sind, diese also nur eintreten, wenn die Person nachweislich deutscher Staatsangehöriger ist.

⁷ Vgl. zum Umgang mit „Rechtskonsulenten“, Bevollmächtigten und Beiständen Caspar, Christa/Neubauer, Reinhard (2017): Durchs wilde Absurdistan: Was zu tun ist, wenn „Reichsbürger“ und öffentliche Verwaltung aufeinandertreffen, S. 119 (195 ff.), in diesem Band.

⁸ Siehe dazu unter IV. 3.

geprägt von altertümlichen, gewohnheits- und naturrechtlichen Vorstellungen, die mit einem modernen Rechtsstaat nicht kompatibel sind. „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ lehnen rechtsstaatliche Prinzipien wie die Unabhängigkeit der Justiz oder Kernelemente der Demokratie wie die unmittelbare Verantwortlichkeit der Regierung radikal ab. Daher geraten sie immer häufiger mit den Gesetzen in Konflikt und belästigen Gerichte, Gerichtsvollzieher, Polizei sowie Finanz- und Kommunalbeamte mit ihren Eingaben.

Dieser Text geht den Fragen nach, die bis heute am häufigsten auf den Informationsveranstaltungen gestellt wurden: Was macht „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ zu Extremisten und welche Rolle spielt Gewalt in diesem Milieu? Diese Fragen sollen aus Sicht des Verfassungsschutzes Brandenburg und mithilfe konkreter Untersuchungskriterien aus der Extremismusforschung beantwortet werden. Grundlage sind mehrere hundert Vorgänge aus Brandenburg, die zu dieser Problematik vorliegen. Darauf und auf weiteren öffentlich zugänglichen Quellen aufbauend wird zunächst eine Definition dieses politischen Spektrums und das Geschichts-Narrativ dieses Milieus – eine Art Gegengeschichte, die im Rechtsextremismus wurzelt, aber auch verschwörungsideologische Anteile enthält – dargestellt. Dem folgt ein Lagebild zur aktuellen Situation im Land Brandenburg, um die wichtigsten Gruppen dieses Milieus⁹ aus Sicht des Verfassungsschutzes aufzuzeigen. Danach werden mittels eines Kriterienkatalogs typische extremistische Strukturmerkmale aus der eher dünnen und fragmentarischen Ideologie der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ herausgestellt.

Unter Extremismus werden im Kontext der Verfassungsschutzgesetze von Bund und Ländern alle Bestrebungen (im Sinne politischer Personenzusammenschlüsse) sowie Einstellungen und Ideologien verstanden, die gegen die Minimalbedingungen einer modernen Demokratie und offenen Gesellschaft gerichtet sind. In der Bundesrepublik Deutschland sind das aus normativer Sicht die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, d.h.:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;

⁹ Die Autoren sprechen sich für die Bezeichnung „Milieu“ anstatt „Bewegung“ aus. Damit sind lose Personennetzwerke Gleichgesinnter, die ähnliche Werthaltungen, Grundeinstellungen und Mentalitäten teilen, gemeint. Das können sowohl Einzelakteure als auch kleine Gruppen sein, vgl. Gensing, Patrick (2016): Die „Reichsbürger“ und das Frühwarnsystem, unter www.politische-bildung-brandenburg.de/node/12679, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
- die Unabhängigkeit der Gerichte;
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft;
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Damit wird deutlich, dass dieser Beitrag sowohl das juristische Extremismusverständnis der Verfassungsschutzbehörden als auch ein politikwissenschaftliches Verständnis von Extremismus umfasst bzw. zusammenführt. Erst unter zusätzlicher Zuhilfenahme wissenschaftlicher Kategorien, die unten aufgeführt werden, lassen sich die politischen Wirkungsabsichten ideologischen Denkens deuten und daraufhin überprüfen, ob sie auf die Ablösung des demokratischen Rechtsstaates (z.B. durch ein autoritäres System) hinauslaufen. So kann der Verfassungsschutz seiner Aufgabe gerecht werden, Gefahren für die Demokratie bzw. für die Sicherheit des Bundes oder eines Landes frühzeitig zu erkennen, um ihnen präventiv zu begegnen und sie effektiv zu bekämpfen. Dieser breitere Analyseansatz ermöglicht am Ende der Darstellung eine Einschätzung, ob das Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ über den Mord in Georgensgmünd hinaus langfristig weiteres Radikalisierungspotenzial in sich birgt.¹⁰

II. Definition

Wer im Internet Informationen über „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ sucht, trifft auf ein zahlenmäßiges kaum überschaubares, personell sehr heterogenes und seit Jahren gut vernetztes Spektrum. Außerdem stößt man auf ein scheinbar undurchdringliches Knäuel skurriler politischer Überzeugungen, weshalb dieser Personenkreis in der Vergangenheit oft als versponnen abgetan und damit verharmlost wurde. Erfahrungen mit geschäftsunfähigen oder psychotischen Personen aus diesem Milieu haben diese Tendenz noch

¹⁰ Vgl. Freitag, Jan (2014): „Reichsbürger“. Eine Bedrohung für die Demokratie oder lächerliche Verschwörungstheoretiker? Das Beispiel Brandenburgs, in: Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 26. Jahrgang, Baden-Baden, S. 155 ff.

verstärkt.¹¹ Spätestens seit dem Übergriff des „Deutschen Polizei Hilfswerks“ (DPHW),¹² einer – mittlerweile zerschlagenen Gruppierung – auf einen Gerichtsvollzieher am 23.11.2012 in einem Ortsteil der Stadt Radeburg (Sachsen),¹³ und damit in Verbindung stehenden Waffenfunden in Zwickau (Sachsen) hat sich der Blick auf „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ verändert. Sie wurden Gegenstand umfangreicher Berichterstattung in den Medien. Dabei stand meistens der politische Fanatismus, der einen Teil dieses Milieus kennzeichnet, im Mittelpunkt.¹⁴

Aber was genau sind „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“? Die hier zugrunde liegende Definition ist gültig für die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern. Demnach sind „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ *„Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen, unter anderem [mit Bezug] auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht, die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren und deshalb bereit sind, Verstöße gegen die Rechtsordnung zu begehen.“*¹⁵ „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ unterscheiden sich dabei weniger durch ihre Ziele, sondern vielmehr durch die Begründung ihrer unterschiedlichen Handlungsweisen. Obwohl eine trennscharfe Differenzierung zwischen den beiden Erscheinungsformen nicht immer möglich ist, beziehen sich „Reichsbürger“ in der Regel auf das Deutsche Reich und argumentieren häufig revisionistisch. Das Milieu existiert schon seit über 30 Jahren und definiert sich über selbst hergestellte Fantasieausweise (siehe *Abbildung 2*), die sie als Teil des Deutschen Reiches ausweisen sollen. Die führende Organisation in diesem Spektrum ist „Die Exil-Regierung Deutsches Reich“, die sich 2012 von der „Exil-

¹¹ Vgl. Gessler, Phillip (2000): Die Reichsminister drohen mit dem Tod, unter <http://www.taz.de/!1217553/>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

¹² Vgl. zur Aktivität des DPHW in Brandenburg sowie zu Uniform und Dienstausweis des DPHW die Abbildungen 7 und 8 bei Wilking (Fn. 4), S. 237 f., in diesem Band.

¹³ Vgl. Caspar/Neubauer (Fn. 7), S. 124, in diesem Band.

¹⁴ Vgl. zur Einteilung der „Reichsbürger“ in vier Gruppen Keil (Fn. 1), S. 54 f., in diesem Band; Neue Osnabrücker Zeitung (2016): Ein Psychiater warnt: Sind „Reichsbürger“ alles nur Spinner?, unter <http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/796860/sind-reichsbuerger-alles-nur-spinner>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

¹⁵ Arbeitsdefinition der Verfassungsschutzbehörden in Deutschland. Die Definition der Landeskriminalämter unterscheidet sich von dieser Definition nur unwesentlich.

regierung Deutsches Reich“ abgespalten und in den letzten Jahren personell verjüngt und neu aufgestellt hat.¹⁶



Abbildung 2: Fantasieausweis der „Exilregierung Deutsches Reich“¹⁷

„Selbstverwalter“ hingegen sind oft an ihren naturrechtlich „inspirierten“ Äußerungen und Verhaltensweisen erkennbar, wobei sich ihr territorialer Hoheitsanspruch zunächst auf ihr Grundstück beschränkt. „Selbstverwalter“ behaupten, dass Deutschland im Einigungsprozess 1990 untergegangen sei oder es seit der Abdankung des deutschen Kaisers keine gültige deutsche Verfassung mehr auf deutschem Boden gegeben habe. Untermauert durch diverse Fantasiepapiere (z.B. „Bestallungsurkunden“, „Lebenderklärungen“, „Internationale Geburtsurkunden“ oder „Personen- und Identitätsausweise“) erklären sie sich für „souverän“. Sehr oft steckt hinter der Maskerade des „Reichsbürgers“ und „Selbstverwalters“ der Versuch, sich Steuern, Bußgeldern oder sonstiger finanzieller Verpflichtungen zu entledigen. Vorbild für diesen Teil der Szene sind die „souveränen Bürger“ (englisch: sovereign citizens) in den USA.¹⁸ Ähnlich wie diese gründen „Selbstverwalter“ seit einigen Jahren „Gemeinden“, „Staaten“ und andere Fantasiegebilde. Die eigens dafür geschriebenen „Verfassungen“ dokumentieren in der Regel deutlich, wie fundamental dieses Milieu die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnt. Der demokratische Rechtsstaat in Form einer unabhängigen Justiz hat in den auf Fehlinterpretation natur- und vernunftrechtlicher Überlegungen fußenden Vorstellungen dieser Aktivisten keinen Platz. Beiden gemeinsam ist die Orientierung an Verschwörungsideologien und -mythen.

¹⁶ Siehe dazu unter V. 2. und VII. 1.

¹⁷ Bild: <http://friedensvertrag.info/index.php/reichsdokumente/dokumente/14-reichspersonenausweis>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

¹⁸ Vgl. zu den „souveränen Bürgern“ in den USA Stahl, Trystan/Homburg, Heiko (2017): „Souveräne Bürger“ in den USA und deutsche „Reichsbürger“ – ein Vergleich hinsichtlich Ideologie und Gefahrenpotenzial, S. 263 (263 ff.), in diesem Band.

III. Kulturkonflikt

Es ist kaum zu verstehen, dass Menschen realitätsferne Einbildungen, wie die Bundesrepublik Deutschland sei kein Staat, in der Öffentlichkeit vertreten und sich mit Fantasiepapieren aus dem heimischen Drucker ausweisen wollen. Folgt man den Lerntheorien, so entwickeln Menschen ihre Sichtweisen und Einstellungen nicht von selbst, sondern greifen auf Angebote zurück, welche die Gesellschaft bereitstellt. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit, ein Denkangebot anzunehmen, umso höher, je stärker und länger es auf die Individuen einwirkt. Heute tritt dabei das Internet mit seinen sozialen Medien in den Vordergrund. Rigide Auffassungen wie die „Reichsbürger“-Ideologie sind als Angebot im Internet schnell aufzufinden. Die Aneignung entsprechender Orientierungen ist vor allem dann stark ausgeprägt, wenn Werte angesprochen werden, die nach persönlicher Einschätzung nicht mehr in ausreichendem Maße gesellschaftlich vertreten werden.¹⁹ Das betrifft insbesondere pluralistische Gesellschaften, die einen stetigen Modernisierungsprozess aus sich selbst heraus erzeugen, wodurch Werte, Einstellungen und Orientierungen und damit die Menschen selbst einem kontinuierlichen Veränderungsdruck ausgesetzt sind.

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ befinden sich somit in einer Art politisch-kulturellem Grundkonflikt, der sich im Land Brandenburg zum einen im Gegensatz zwischen zentrumsnahen und eher zentrumsfernen Regionen manifestiert. Zum anderen richtet sich die Agitation der „Reichsbürger“ gegen die politischen Eliten und das politische System. Sowohl der Politik als auch dem politischen System wird abgestritten, die „wahren Interessen“ des Volkes zu vertreten und fühlt sich insbesondere im ländlichen Raum alleingelassen.²⁰ Den sozialwissenschaftlichen Theoriemodellen folgend sind diejenigen eher bereit, systemfeindliche Reaktionen zu äußern, die sich aufgrund von gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen in einer schwächeren Position befinden. Viele der in den Verwaltungen eingehenden Schreiben aus diesem Milieu deuten darauf hin, dass die Absender

¹⁹ Vgl. Parsons, Talcott (1964): Social Strains in America, in: Bell, Daniel (Hg.): The Radical Right, Garden City/USA, S. 209 ff.

²⁰ Vgl. Pecker, Katrin (2010): Wo wird rechtsextrem gewählt? Ein Kurzbericht zu den Landtagswahlergebnissen rechtsextremer Parteien in Brandenburg, in: Wilking, Dirk/Kohlstruck, Michael (Hg.): Einblicke III. Ein Werkstattbuch, Potsdam (Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung), S. 175 ff. Vgl. auch die umfangreichen Einstellungsanalysen zur Demokratie in Brandenburg bei Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (2008): Einstellungen zur Demokratie in Berlin und Brandenburg 2002-2008 und Gesamtdeutschland 2008, Berlin (Otto-Stammer-Zentrum).

„Blitzableiter“ für aufgestauten Frust suchen und sich daher gegenüber den Mitarbeitern gern demonstrativ abfällig über das politische System „BRD GmbH“ äußern.²¹ Betroffene Mitarbeiter berichten außerdem, „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ würden ihnen gegenüber immer aggressiver auftreten. Besonders Leidtragende sind oft Gerichtsvollzieher, Mitarbeiter im kommunalen Außendienst und die Polizei. Trotz allem beteuern „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ immer wieder, nicht extremistisch zu sein. Der Popmusiker Xavier Naidoo, der sich zeitweise als öffentlicher Unterstützer dieses Milieus zu erkennen gab, hielt sich und „Reichsbürger“ lediglich für Systemkritiker.²² Damit traf er das Selbstverständnis des gesamten Milieus ziemlich gut.

Aus Sicht des Verfassungsschutzes Brandenburg sind die Thesen von „Reichsbürgern“ oder „Selbstverwaltern“ alles andere als legitime Systemkritik, denn sie kollidieren mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Der von ihnen geschürte Zweifel an der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, die Behauptung einer nicht existierenden Staatlichkeit und der Glaube an die alleinige Fortexistenz des Deutschen Reiches sollen die verfassungsmäßige Ordnung des demokratischen Rechtsstaates delegitimieren.

²¹ Vgl. zur „Reichsbürger“-Rhetorik Keil (Fn. 1), S. 64 ff., in diesem Band.

²² Vgl. Markwardt, Nils (2014): Xavier Naidoo: Oh, wie böse ist das System, unter <http://www.zeit.de/kultur/2014-10/xavier-naidoo-systemkritik-reichsbuerger>, Stand der Abfrage 23.12.2017. Der identitäre Blog „Kulturkritik“ rechtfertigt Naidoos Begriff der Systemkritik und führt zu seinem Text aus: *„An dieser Stelle folgt nun der Übergang zur Systemkritik. Dazu wird eine überholte Zinseszins Ökonomie in Verbindung mit den USA und den etablierten deutschen Parteien CDU und FDP gebracht. Man kann hier konstatieren, dass Naidoo im Gegensatz zu den allermeisten Kollegen seiner Zunft erkannt hat, wie postdemokratisch bis oligarchisch die westlichen Demokratien inzwischen sind. Volkes Wille ist weit weg vom Machtzentrum eines Systems, das sich einen ‚NSU‘ als konkrete Gefahr konstruieren muss, um eine ca. 5.000 Mann Partei zu kriminalisieren, deren NS-Lastigkeit wirkliche Sprünge in die Gesellschaft bis dato eigentlich locker verhindert hat. Eine besondere Stärke im Text des Liedes ist darin zu sehen, dass keine wirkliche Antwort gegeben werden soll, sondern zunächst an die ‚Bewusstseinswerdung‘ (Dutschke) appelliert wird.“*, vgl. Kulturkritik (2014): Dissidenten – Sein und Systemkritik, unter <http://www.kontrakultur.de/2014/12/03/dissidenten-sein-und-systemkritik/>, Stand der Abfrage: 24.8.2017 (aktuell nicht mehr abrufbar).

IV. Die historisch-fiktionale Gegenerzählung im „Reichsbürger“-Milieu

Argumentativ orientieren sich „Reichsbürger“ – auch wenn es nicht jeder einzelne Szeneangehörige realisiert – an der historisch-fiktionalen Gegenerzählung des Rechtsextremismus, wie es sie schon in der völkischen und antisemitischen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts gab²³ und die aktuell nach wie vor bei Rechtsextremisten zu finden ist.²⁴ Diese Gegenerzählung bezieht sich auf autoritäre, ethnisch-nationalistische sowie kollektivistische Wertvorstellungen. Sie beruht ebenso zu großen Teilen auf realitätsfremden Einbildungen, die nichts mehr mit der realen Geschichte Deutschlands zu tun haben. Diejenigen, die diese historisch-fiktionale Gegenerzählung verbreiten, sind an historischen Entwicklungen, Fakten und Überlieferungen nur instrumentell interessiert. Der Potsdamer Politikwissenschaftler Gideon Botsch spricht von Collagen *„montiert mit Spekulationen, Mutmaßungen, widerlegbaren Thesen und teilweise auch mit Phantasien.“*²⁵

In der historisch-fiktionalen Gegenerzählung werden nicht nur geschichtliche, sondern auch pseudogeschichtliche Ereignisse und Sinnbilder thematisiert.²⁶ Diese fiktiven Erzählungen werden wie selbstverständlich geglaubt, weil sie eine innere Stabilität, Festigkeit und Geschlossenheit herstellen.²⁷ Die Auffassungen von „Reichsbürgern“ setzen sich größtenteils aus rechtsextremistischen Ideologiefragmenten, geschichtsreversionistischen Mythen sowie Verschwörungsfantasien zusammen. Im Folgenden werden die wichtigsten „Erzählstränge“ im „Reichsbürger“-Milieu dargestellt.

²³ Vgl. Winkler, Heinrich August (2010): Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München, S. 229 ff., mit dem Hinweis zum Zusammenhang von Modernisierung und anti-jüdischer Propaganda ab 1873.

²⁴ Vgl. Botsch, Gideon (2011): Die historisch-fiktionale Gegenerzählung des radikalen Nationalismus. Über den rechtsextremen Zugriff auf die deutsche Geschichte, in: Fröhlich, Claudia/Heinrich, Horst-Alfred/Schmid, Harald (Hg.): Jahrbuch für Politik und Geschichte, Band 2, Stuttgart, S. 27 (30).

²⁵ Botsch (Fn. 24), S. 28.

²⁶ Vgl. Botsch (Fn. 24), S. 30.

²⁷ Vgl. Botsch (Fn. 24), S. 30.

1. Geschichtsrevisionistische Mythen

a) Die These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches

„Reichsbürger“ konfrontieren die Verwaltungen Brandenburgs immer wieder mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts²⁸ zum Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR aus dem Jahr 1973. Daraus zitieren sie meistens diese Passage:

„Das Grundgesetz [...] geht davon aus, dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält. Das Deutsche Reich existiert fort [...], besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. [...] Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert [...] Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches [...].“

Bemerkenswert ist, dass „Reichsbürger“ einen entscheidenden Teil des eben zitierten letzten Satzes aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts bewusst unterschlagen. Und der lautet so: *„Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘, – in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings ‚teilidentisch‘ [...].“* „Reichsbürgern“ unterläuft also aufgrund von Informationsdefiziten, Ignoranz, Ideologie und einfältiger fiktionaler Gegen-erzählung der Denkfehler, der Staat „Deutsches Reich“ existiere fort und der Staat „Bundesrepublik Deutschland“ sei nicht dessen Rechtsnachfolger, weil sie den entscheidenden Zusatz – die Bundesrepublik Deutschland ist als Staat identisch mit dem Staat „Deutsches Reich“ – ausblenden.

Man muss weit in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zurückblenden, um festzustellen, dass die politische Vorstellungswelt vieler „Reichsbürger“ damit de facto an einen zentralen Mythos des Rechtsextremismus

²⁸ Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 31.7.1973 – 2 BvF 1/73, BVerfGE 36, S. 1 ff. = Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 1973, S. 1539 ff.; vgl. Caspar/Neubauer (Fn. 7), S. 130 f., in diesem Band.

anknüpft. Die sich in der Nachkriegszeit als „Nationale Opposition“ verstehenden rechtsextremistischen Parteien überhöhten damals das Wiedervereinigungspostulat durch einen pathetischen Reichsmythos, „als sei [...] Deutschland [...] nicht ein Nationalstaat unter anderen, sondern eben ‚das Reich‘, ein Staat von höherer Würde und Weihe [...]“.²⁹ Für die rechtsextremistischen Parteien der damaligen Zeit war die nationale Frage der Ansatzpunkt, um eine Massenbasis für den angestrebten Systemwechsel aufzubauen. Die These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches jenseits der Bundesrepublik Deutschland ist daher von Rechtsextremisten im Laufe der Nachkriegsjahrzehnte zu einer Kampagne geformt worden, deren Ziel es war, der Bundesrepublik die Legitimation zu entziehen. Im Zuge dieser Kampagne wurden demokratische Verfassungsgrundsätze, Werte, Institutionen und Führungsgruppen immer wieder systematisch abgewertet und verächtlich gemacht.³⁰

b) Die These vom fehlenden Friedensvertrag

Aus der historischen Tatsache, dass zwischen Deutschland und seinen Kriegsgegnern nach dem Zweiten Weltkrieg kein Friedensvertrag geschlossen wurde, leiten „Reichsbürger“ eine angeblich fehlende Legitimation der Bundesrepublik ab und bilden Fantasiegebilde (z.B. „Kommissarische Reichsregierungen“, „Exilregierungen“³¹). Auch diese Argumentation ist Teil der historisch-fiktionalen Gegenerzählung des Rechtsextremismus. Seit den 1960er-Jahren versuchen Rechtsextremisten, die bedingungslose Kapitulation Deutschlands im Zweiten Weltkrieg zu einem Waffenstillstand umzudeuten. Einer der ersten, der diese Geschichtsfälschung verbreitete, war der im Jahr 2014 verstorbene Rechtsextremist und Terrorist Manfred Roeder. Er vertrat ab 1975 die Auffassung, dass der von Adolf Hitler testamentarisch eingesetzte Reichspräsident, Großadmiral Karl Dönitz³², nach wie vor das rechtmäßige Staatsoberhaupt Deutschlands sei, aber von den Alliierten an der Ausübung des Amtes gehindert wurde. Die letzte Reichsregierung, der Dönitz vorstand, sei nie zurückgetreten und lediglich die Wehrmacht habe kapituliert. Da statt eines Friedensvertrages angeblich nur ein Waffenstillstand geschlossen worden sei, bestehe das Deutsche Reich in seinen Grenzen fort. Ebenso sei die Abtrennung von Reichsgebiet nichtig. Nachdem Dönitz mitgeteilt hatte, er betrachte sich nicht als Reichspräsident, schlussfolgerte Roeder, Volk und Reich seien führerlos

²⁹ Graf von Kielmansegg, Peter (1969): Vom Nationalismus zum Konzept des „blockfreien“ Europas, in: Schweitzer, Carl-Christoph (Hg.): Eiserne Illusionen. Wehr- und Bündnisfragen in den Vorstellungen der extremen Rechten nach 1945, Köln, S. 85 ff.

³⁰ Vgl. Stöss, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel, Berlin, S. 197.

³¹ Siehe zu den „Kommissarischen Reichsregierungen“ und „Exilregierungen“ unter V. 2.

³² Dönitz ist 1980 verstorben.

geworden.³³ Daher käme „nur eine neue, originäre Übernahme der Reichsvertretung in Frage. Das ist ein elementarer Vorgang [...] Das Lebensrecht des Volkes verleiht diesem Vorgang die Legitimität [...]“³⁴ Schließlich berief Roeder für den 23.5.1975 einen „Reichstag“ nach Flensburg ein. Unter den Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot gründeten er und weitere rechtsextremistische Gesinnungsfreunde die „Freiheitsbewegung Deutsches Reich“ (FDR). Roeder wurde deren Sprecher. Rund drei Jahre später erklärte sich die FDR zur Vertreterin des Deutschen Reiches. Roeder wurde „Reichspräsident“ und „Reichsverweser“. „Kommissarische Reichsregierungen“ und „Exilregierungen“ haben diese Symbolik aufgenommen und neu interpretiert. Geblieben ist die – im Kern antidemokratische – Vorstellung einer Wesenseinheit von politischer Führung und Volk.

c) *Die These von der mangelnden Souveränität Deutschlands*

„Reichsbürger“ behaupten, dass Deutschland nicht souverän sei und die Alliierten des Zweiten Weltkrieges Deutschland immer noch besetzt hielten. Folglich können nur sie deutsches Regierungshandeln legitimieren. Diese Argumentation setzt ebenfalls an einem wesentlichen Erzählstrang der historisch-fiktionalen Gegenerzählung des Rechtsextremismus an. Sie war Bestandteil der rechtsextremistischen Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches. Die hauptsächlichen Agitationsziele dieser Kampagne waren die Besatzungsmächte und die politische Elite der Bundesrepublik Deutschland. Letztere war nach Meinung der Rechtsextremisten Handlanger der Alliierten, insbesondere der Amerikaner. Gegenüber den Besatzungsmächten lautete der Vorwurf, dass die Teilung Deutschlands ein willkürlicher Akt sei. Solange der im Potsdamer Abkommen angekündigte Friedensvertrag mit Deutschland nicht geschlossen sei, bestehe das Deutsche Reich als Ganzes fort und die Machtausübung der Besatzungsmächte sei illegal.³⁵ Ebenso wurde den politischen Führungseliten vorgeworfen, sie würden gemeinsam mit den Alliierten das Deutsche Reich vernichten. Anlässe waren die Gründung zweier deutscher Staaten – Bundesrepublik Deutschland und DDR – sowie der Verzicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete. Die Rechtsextremisten forderten stattdessen einen Volksstaat, welcher die deutschen Interessen vertrete und diese gegen äußere wie innere Reichsgegner durchsetze.

³³ Vgl. Mecklenburg, Jens (1996): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin, S. 514 f.; Stöss, Richard (1989): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung, Ursachen, Gegenmassnahmen [sic], Opladen, S. 163 f.

³⁴ Stöss (Fn. 30), S. 163.

³⁵ Vgl. Stöss (Fn. 30), S. 38.

2. Rechtsextremistische Ideologieelemente: Die These von der Staatenlosigkeit

Überall in Deutschland versuchen „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“, in Archiven ihre deutsche Abstammung („Blutlinie“) bis in die Zeiten des Deutschen Reiches von 1871 bis 1913 nachzuverfolgen. Die dahinterstehende These besagt, dass alle Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht seit der Abdankung des Kaisers Wilhelm II. im Jahr 1918 keinen Bestand hätten, weil ab diesem Zeitpunkt kein deutscher Staat mehr rechtmäßig gegründet wurde. Damit wären alle Deutschen seit der Weimarer Republik bewusst staatenlos gehalten worden. Mit dem Nachweis der deutschen Abstammung würden sie sich wieder auf eine andere „staatliche Ebene“ stellen. Mit dieser These schließen sich „Reichsbürger“ rechtsextremistischen Vorstellungen einer organischen Demokratie an, die auf dem Grundsatz der „weißen Vormachtstellung“ (englisch: white supremacy) beruht. Rechtsextremisten gehen davon aus, dass eine von unterschiedlichen Ethnien geprägte Demokratie unmöglich demokratisch sein kann. Da die Protagonisten aus dem „Reichsbürger“-Milieu zugleich eine konstitutionelle Monarchie einfordern, liegt die Vermutung nahe, dass sie sich am chauvinistischen Reichsnationalismus des Deutschen Kaiserreiches orientieren. Dieser verband den Nationalismus mit der „Rassenfrage“ und dem Antisemitismus.³⁶

3. Verschwörungsideologische Mythen von der „BRD GmbH“ und der „Verschwörung gegen das deutsche Volk“

Neben den geschichtsrevisionistischen Mythen bemühen „Reichsbürger“ Verschwörungsfantasien, um die Bundesrepublik Deutschland zu delegitimieren. Dabei werden auch hier Elemente der historisch-fiktionalen Gegenerzählung des Rechtsextremismus bemüht, allen voran die umfassende Verschwörungserzählung von der Weltherrschaft der Juden.

Die Behauptung von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“, Deutschland sei eigentlich eine Firma namens *„Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH“* mit Sitz in Frankfurt am Main,³⁷ ist nichts anderes als eine Verschwörungsfantasie. Abgesehen davon, dass Bund, Länder und Kommunen selbstverständlich Unternehmen gründen dürfen, ist diese Behauptung ein *„polemischer Versuch, die Bundesrepublik Deutschland als ein reines*

³⁶ Vgl. Winkler (Fn. 23), S. 254 ff.

³⁷ Vgl. zur „BRD GmbH“ Caspar/Neubauer (Fn. 7), S. 149 ff., in diesem Band; Stahl/Homburg (Fn. 18), S. 273, in diesem Band.

*Geschäftsmodell darzustellen*³⁸. Sie soll die Assoziation wecken, die politischen Eliten in Deutschland verrieten die Interessen der Bevölkerung, indem sie sich korrumpieren ließen und die Deutschen sklavisch ausbeuteten.³⁹ Hier schimmert der rechtsextremistische Vorwurf der „nationalen Unzuverlässigkeit“ durch. Diese These ist anschlussfähig an die antisemitische Verschwörungsideologie, wonach im Hintergrund eine unsichtbare „jüdische Weltregierung“ als dunkle Macht wirke, die für alles, was in der Welt passiere, die Verantwortung trage. Zu dieser „Weltregierung“ zählten „jüdische Banken“ der amerikanischen Ostküste und insbesondere die Familie Rothschild.⁴⁰

Bei den „Selbstverwaltern“ nimmt diese Verschwörungsfantasie eine zentrale Rolle ein. Verwaltungsmitarbeiter wundern sich oft über Schreiben, die mit „*Mann aus der Familie*“ oder „*Frau aus der Familie*“ unterzeichnet und zusätzlich mit einem „Blutsdaumen“ vom Unterzeichnenden und manchmal sogar von weiteren „Zeugen“ gestempelt sind.⁴¹ Oftmals bezeichnen sich die Absender als „*geistig lebendige natürlich-freie Menschen auf Erden in der Welt im ewigen Schöpferbund, Mensch nach § 1 BGB*“ und legen ihren Schreiben „*Internationale Geburtsurkunden*“, „*Heimatscheine*“ und „*Lebenderklärungen*“ bei. So sei man z.B. „*zu keinem Zeitpunkt auf hoher See verschollen*“. Verschiedene Gruppierungen, wie der „One People’s Public Trust“ (OPPT)⁴² mit seiner Unterorganisation „Internationaler Justizgerichtshof für Naturrecht, Völkerrecht und allgemeingültige Rechtsprechung“, der „Staatenbund Deutschland/Verfassungsgebende Versammlung“ oder die „Heimatgemeinde ‚Gemeinde Chiemgau‘“ stellen die Legitimation von Nationalstaaten generell infrage. Stattdessen streben sie eine „natürliche Ordnung“, eine „geistlich sittliche“ Erneuerung nach naturrechtlichen oder „göttlichen“ Ideen an. Hinter Aufrufen aus diesem Spektrum (z.B. „*Hol Dir Deine Heimat zurück*“⁴³ oder

³⁸ So der Berliner Historiker Jochen Staadt, zitiert nach Littlewood, Tom/Möglich, Manuel (2012): „Wild Germany – Die ZDFneo-Reportage: Deutsche Reichsregierung“ vom 26.7.2012.

³⁹ Eine systematische Vermutung von Verschwörung und Korruption wird in einigen Theorien sogar als ein Definitionskriterium für den Rechtsextremismus herangezogen, vgl. z.B. Scheuch, Erwin K./Klingemann, Hans-Dieter (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Ortlieb, Heinz-Dietrich/Molitor, Bruno (Hg.): Hamburger Jahrbuch für Wirtschaft- und Gesellschaftspolitik, 12. Jahrgang, Tübingen, S. 13 f.

⁴⁰ Diese Verschwörungsfantasie hat auch Anhänger außerhalb des rechtsextremistischen Lagers.

⁴¹ Siehe z.B. zu einem Daumenabdruck in roter Tinte („Blutsdaumen“) eines „souveränen Bürgers“ in den USA die Abbildung 1 bei Stahl/Homburg (Fn. 18), S. 271, in diesem Band.

⁴² Vgl. zum OPPT Caspar/Neubauer (Fn. 7), S. 154 ff., in diesem Band.

⁴³ Vgl. Hilfswerk – Netzwerk – von Mensch zu Mensch für Heimath und Recht. DuBistKeinPersonal.de. Hole Dir die Heimat zurück!, unter <http://dubistkeinpersonal.de/>, Stand der Abfrage: 23.12.2017. Der Titel der Website orientiert sich offensichtlich an dem Song

„Der Weg in die Eigenverantwortung als Souverän“) steht die verschwörungsideologische Vorstellung, dass die Demokratie in Gänze ein gigantisches Täuschungsmanöver sei. In Wahrheit würde die ganze Welt von einer kleinen Gruppe mächtiger Menschen gesteuert, die eine „Neue Weltordnung“ (englisch: new world order – NWO) verwirklichen würden. Diese Vorstellung ist ebenfalls oft antisemitisch konnotiert, erhält aber aus unterschiedlichen politischen Richtungen immer wieder Nahrung.⁴⁴

V. Lagebild aus Sicht des Verfassungsschutzes Brandenburg

1. Soziodemografische Merkmale

In Brandenburg sind 440 „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ bekannt (Stand: 25.12.2017). Davon sind 40 Personen (9 Prozent) behördlich bekannte Rechtsextremisten. Jeder zweite „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ ist über 50 Jahre alt. Die meisten sind männlich (71 Prozent). Rund fünf Prozent des Milieus verfügen über waffenrechtliche Genehmigungen. Im Vergleich zur brandenburgischen Gesamtbevölkerung ist dieser Anteil viermal höher.⁴⁵

Mittlerweile sind die Wege, die von einem vormals normalen bürgerlichen Leben zu „Reichsregierungen“, „Bundesräthen“, „Freistaaten“ oder „Bundesstaaten“ oder ähnlichen Milieus führen können, nachvollziehbarer geworden. Wie bereits angedeutet, werden solche Entwicklungen oft durch grundlegend empfundene gesellschaftliche Umbrüche hervorgerufen. Zusätzlich führen finanzielle und soziale Nöte im Leben dieser Bürger zu Verunsicherung über den eigenen gesellschaftlichen Status. Dieser wird als bedroht wahrgenommen. An diese Stelle treten oft niedrigschwellige, leicht nachzuvollziehende,

„Komm mit ...“ der rechtsextremistischen Band „Gigi und Die Braunen Stadtmusikanten“. In dem Songtext heißt es: *„So viele Jahre glaubtest Du den Demagogen, Du hingst an ihren Lippen doch sie haben Dich belogen, und immer wenn's drauf ankam, liessen sie Dich im Stich. Bis heute hast Du's mitgemacht, AB MORGEN OHNE DICH! Hey komm mit Uns, hol dir die Heimat zurück!, Hey komm mit Uns, Wir zwingen dich zum Glück!, Hey komm mit Uns, hol dir mit Uns Deine Heimat zurück!“*

⁴⁴ Der heute zu den Verschwörungsideologen auf der Seite der radikalen Rechten zählende Publizist Jürgen Elsässer (COMPACT) gründete 2009 als damals noch zum linken politischen Spektrum zählender Publizist die „Volksinitiative ‚Gegen Finanzdiktatur‘“. Seine Eröffnungsrede war überschrieben mit dem Titel „Gegen die Räuber, die die Welt beherrschen“, vgl. Elsässer, Jürgen (2009): Gegen die Räuber, die die Welt beherrschen, in: ders. (Hg.): Gegen Finanzdiktatur. Die Volksinitiative: Grundsätze, Konzepte, Ziele, Berlin, S. 15 ff.

⁴⁵ Vgl. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (2017): Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2016, Potsdam, S. 141.

oft verschwörungsideologische Erklärungen, die sich verfestigen und später kaum noch zu korrigieren sind. Das Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ unterbreitet in solchen Situationen willkommene Vernetzungsmöglichkeiten und den Austausch mit Menschen, die ähnliche Ängste und Auffassungen haben. Die weitere Entwicklung ist damit vorprogrammiert: Erste Fantasiepapiere werden im Internet erworben. Eine Flagge des Deutschen Reiches wird im Vorgarten aufgestellt oder ein Schild mit Warnhinweisen auf „exterritoriales Gebiet“ am Gartenzaun befestigt. Gemeinsame provokative „Amtsgänge“ mit erfahrenen „Reichsbürgern“ und der Besuch von Stammtischen und Informationsveranstaltungen von „Selbstverwaltern“ folgen. Der Briefkasten samt Namensschild wird demontiert. Zum Schluss werden eigene Visitenkarten mit Fantasiefunktionen des „Reichsbürger“-Milieus gedruckt. So werden die verschwörungsideologischen Vorstellungen der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sozial wirksam, verändern nachhaltig die politische Wahrnehmung sowie das politische und gesellschaftliche Handeln der betroffenen Personen. Kenner der Szene gehen davon aus, dass einschlägige Texte von bekannten Bands und erfolgreichen Musikern, die seit Jahren verschwörungsideologisches Gedankengut künstlerisch verpackt transportieren, ebenfalls zur Verfestigung des Milieus beitragen. Wolfgang P., der im sozialen Netzwerk Facebook zwei Profile unterhielt, teilte eine Vielzahl entsprechender Videos bekannter Künstler.⁴⁶

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sind ein Phänomen des ländlichen Raums in Brandenburg. Die meisten der bekannt gewordenen Vorfälle mit „Reichsbürgern“ spielen sich in diesen Regionen des Landes ab. Zwar sind alle 14 Landkreise und die vier kreisfreien Städte mit „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ konfrontiert. Der Landkreis Dahme-Spreewald war im Jahr 2017 aber mit Abstand am stärksten belastet, gefolgt von den Landkreisen Elbe-Elster, Potsdam-Mittelmark und Oberhavel (siehe *Abbildung 3*). Die meisten „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ in Brandenburg sind autarke Einzelpersonen oder gehören zu kleineren, unstrukturierten Milieus, die sich regional- und ortsbezogen in den letzten Jahren durch Nachbarschafts- und Kennverhältnisse herausgebildet haben.⁴⁷ In der *Abbildung 3* wird dieses Milieu aus Sicht des Verfassungsschutzes Brandenburg dargestellt.⁴⁸

⁴⁶ Vgl. Psiram (2017): Wolfgang Plan, unter https://www.psiram.com/ge/index.php/Wolfgang_Plan, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

⁴⁷ Vgl. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (Fn. 45), S. 92.

⁴⁸ Vgl. zur „Reichsbürger“-Bewegung aus der Sicht des Mobilien Beratungsteams in Brandenburg Wilking (Fn. 4), S. 221 ff., in diesem Band.

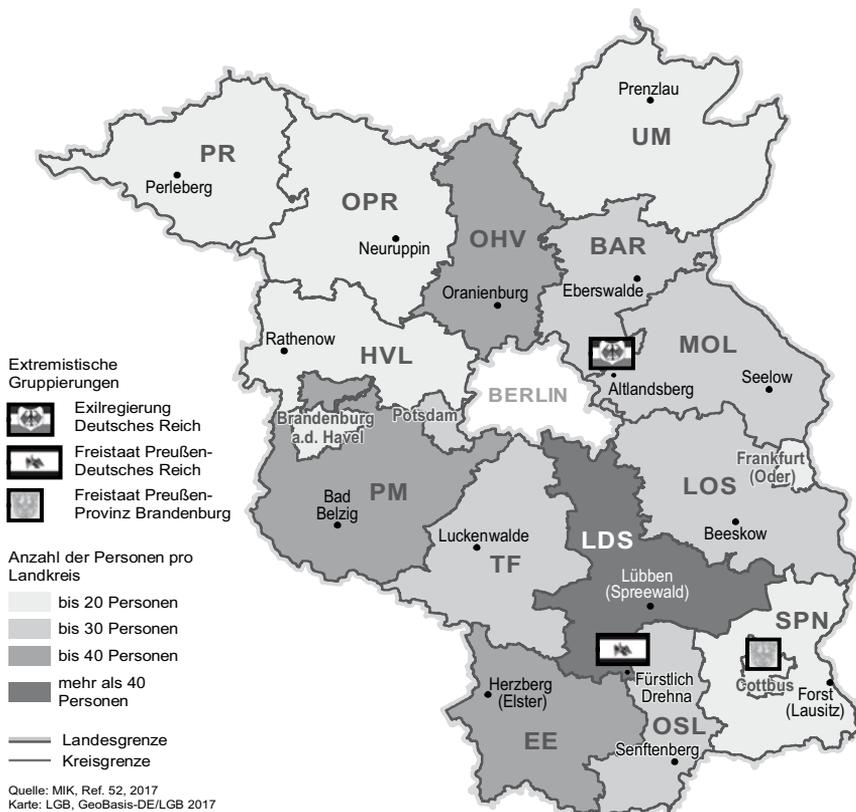


Abbildung 3: Übersichtskarte zur Verteilung der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ im Land Brandenburg im Jahr 2017⁴⁹

2. Revisionistische Gruppierungen

„Reichsbürger“ in ihrer heutigen Ausprägung sind ein relativ junges Phänomen. Ihre ideologischen Wurzeln und symbolischen Aktionsformen sind – wie eben beschrieben – in der rechtsextremistischen Geschichte verankert. Die erste Gruppe, die hier vorgestellt werden soll, bekennt sich offen gegen die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Diese „Reichsbürger“ sind Revisionisten und damit ein Teil der politischen Bewegung des Rechtsextremismus. Ihre Gruppen haben in der Vergangenheit symbolische Aktionsformen herausgebildet, die das „Reichsbürger“-Milieu insgesamt geprägt haben.

⁴⁹ Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (eigene Darstellung).

Teile dieses Milieus sind den Verfassungsschutzbehörden schon seit 1985 als rechtsextremistische „Kommissarische Reichsregierungen“ (KRR) bekannt.⁵⁰ Sie waren Teil der rechtsextremistischen Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches und bildeten damit bis zur Wiedervereinigung Deutschlands einen der Agitationsschwerpunkte im Rechtsextremismus. Schon damals stellten diese Gruppierungen Fantasiepapiere her und richteten zahlreiche Schreiben an Verwaltungen. Später erweiterte sich das Spektrum der „Reichsbürger“ durch eine Reihe revisionistisch orientierter rechtsextremistischer Vereinigungen, die viel zielgerichteter als die „Kommissarischen Reichsregierungen“ an einer Erneuerung der Reichsidee arbeiteten. Dazu gehörten die „Reichsdeutsche Bewegung“ des Rechtsextremisten Reinhold Oberlercher und deren Nachfolger „Deutsches Kolleg“. Auch die „Reichsbürgerbewegung“ (RBB) des Rechtsextremisten Horst Mahler zählte dazu. Zugleich war im Land Brandenburg mit der „Europäischen Aktion“ (EA) eine revisionistische Gruppierung aktiv, die in Frankfurt (Oder) einen Stützpunkt mit wenigen Aktivisten betrieb.⁵¹ Nach den Vorstellungen der „Europäischen Aktion“ *„bedarf es nur des politischen Willens der Deutschen, das Reich wieder aufzurichten zu dem Zeitpunkt, in dem der Gegner zu schwach wird, um es zu verhindern.“*⁵² Die „Europäische Aktion“ strebt einen *„geordneten Übergang von der BRD ins Deutsche Reich“* an und will zusammen mit den bundesrepublikanischen Behörden *„die Überwindung des Provisoriums und die Errichtung eines definitiven Zustandes in Form des Deutschen Reiches bewirken.“*⁵³ Innerhalb der rechtsextremistischen Szene waren „Reichsbürger“ trotz ideologischer Gemeinsamkeiten allerdings isoliert. In erster Linie ist das auf politisches Unvermögen, elitäres Sendungsbewusstsein sowie kurioses Verhalten dieser Zusammenschlüsse (Uniformen, Fantasiepapiere) zurückzuführen. Aus diesen Gründen vermieden große Teile des rechtsextremistischen Spektrums zu viel diskreditierende Nähe.⁵⁴

⁵⁰ „Kommissarische Reichsregierungen“ und „Reichsbürger“ wurden in den Verfassungsschutzberichten des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg in regelmäßigen Abständen immer wieder erwähnt.

⁵¹ Vgl. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (2015): Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2014, Potsdam, S. 84 f.

⁵² Schaub, Bernhard (2011): Der Staat der Deutschen. Geschichte und Rechtslage des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland, Eschenz/Schweiz, S. 73.

⁵³ Schaub (Fn. 52), S. 74.

⁵⁴ Vgl. Pfahl-Traughber, Armin (1998): „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen, S. 184 ff.

Die Bedeutung „Kommissarischer Reichsregierungen“ für die Szene insgesamt ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. In den Jahren 2016 und 2017 war in Brandenburg nur eine Gruppierung aus dem Milieu der früheren „Kommissarischen Reichsregierungen“ oder „Exilregierungen“ aktiv, nämlich „Die Exil-Regierung Deutsches Reich“.⁵⁵ Sie ist bundesweit tätig und lädt jeden Monat an verschiedenen Orten in Deutschland zu „Bürgertreffen“ bzw. „Informationsveranstaltungen“ ein, mit denen sie ihre Anhängerschaft zu vergrößern versucht. Die Aktivitäten dieser Vereinigung erstrecken sich vom östlichen Brandenburg und den östlichen Bezirken Berlins bis in den Süden des Landes Brandenburg. Der Verein versucht, die Aktionsform der „Kommissarischen Reichsregierungen“ oder „Exilregierungen“ wiederzubeleben. Ziel dieser Vereinigung, die sich selbst als „*legitime Regierung der Deutschen*“ ansieht, ist die Reorganisation des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1871 als Kaiserreich. Verfassung und Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland sieht die Gruppierung als nichtig an.⁵⁶

Neben dieser Gruppierung existierten bzw. existieren in Brandenburg weitere Zusammenschlüsse: „Freistaat Preußen“, „Provinz Brandenburg“, „Verein zur Förderung des Rechtssachverständes in der Bevölkerung – Brandenburg“ (RSV-Brandenburg), „Freistaat Preußen – Deutsches Reich“, „Landgemeinde Hosena“ und „Stadtgemeinde Cottbus“. Die aktivste Gruppe in diesem Gesamtspektrum war bisher der „Freistaat Preußen“, der allerdings seine Aktivitäten eingestellt hat.⁵⁷ Die dahinterstehenden Aktivisten hatten einige Jahre lang von Potsdam und Cottbus aus ein Netzwerk über die Grenzen Brandenburgs hinaus etabliert, in dem es bereits zu Waffenfunden kam.⁵⁸ Der „Freistaat Preußen“ hielt das Grundgesetz für ein Besatzungskonstrukt

⁵⁵ Siehe dazu unter VII. 1. Die bislang in Brandenburg über viele Jahre immer wieder aktive „Exilregierung Deutsches Reich“ von Norbert Schittke aus Hildesheim hat sich in „Deutsche Zukunft“ umbenannt. Schittke selbst hat sich von der Abspaltung von „Die Exil-Regierung Deutsches Reich“, bei dem ein Großteil der Aktivisten von Bord ging und gleichzeitig das Internetportal der Vereinigung kaperte, nicht mehr erholt. Seine neue Gruppierung spielt außerhalb Niedersachsens keine Rolle mehr.

⁵⁶ Vgl. unter <http://www.friedensvertrag.org/index.php/ziele-der-exilregierung>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

⁵⁷ Siehe dazu unter VII. 2.

⁵⁸ Vgl. Der Westen vom 1.11.2106: SEK-Kräfte stellen bei „Reichsbürgern“ Waffen sicher, unter <https://www.derwesten.de/panorama/sek-kraefte-stellen-bei-reichsbuergern-waffen-sicher-id12322873.html>, Stand der Abfrage: 23.12.2017; NDR Online vom 2.11.2016: Nach SEK-Einsatz: „Reichsbürger“ bestreiten Vorwürfe, unter <http://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Nach-SEK-Einsatz-Reichsbuerger-bestreiten-Vorwurfe-,reichsbuerger150.html>, Stand der Abfrage 25.8.2017 (aktuell nicht mehr abrufbar).

und ist vor allem durch seine geschichtsrevisionistischen Thesen aufgefallen. Nachdem die Hauptprotagonistin der Gruppierung im August 2015 verstorben war, wurden die Mitglieder und Interessenten aus Cottbus geschäftsführend verwaltet. Die dort ansässige „Provinz Brandenburg“ organisierte für die rund 50 Mitglieder und Interessenten aus der Region „Preußenrunden“ und Seminare, bei denen u.a. die Geschichtsmymen des Rechtsextremismus und antisemitisch gefärbte Verschwörungsideologien vermittelt wurden. Personell eng verwoben mit der Struktur „Provinz Brandenburg“ ist der „Verein zur Förderung des Rechtssachverständes in der Bevölkerung – Brandenburg“ aus Cottbus, der bundesweit einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangt hat, weil sich der führende Aktivist der Gruppe gegenüber dem ARD-Politikmagazin „Kontraste“ vom Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) im Juni 2016 laut Gedächtnisprotokoll der Redakteure als Anhänger antisemitischer Verschwörungsideologien und als Holocaustleugner outete: *„Wir [...] wissen, dass die Merkel Jüdin ist und Freimaurerin. Und es gibt ein Bild, wo Adolf Hitler auch so dasteht. Der wurde von Anfang an von jüdischen Banken unterstützt. Die Juden hätten den Holocaust nur inszeniert. Die sechs Millionen Toten zweifelt er an. Er lädt uns zu einem Stammtisch vom ‚Freistaat Preußen‘ ein [...].“*⁵⁹ Im Jahr 2015 hatte der Verein versucht, mit einer Liste zur Kommunalwahl anzutreten. In Cottbus zirkulieren immer wieder Flugblätter dieser Gruppierung, die zehn bis zwölf örtliche Sympathisanten hat. Der „Verein zur Förderung des Rechtssachverständes in der Bevölkerung – Brandenburg“ pflegt eine eigene Internetseite, die vor allem das esoterisch verbrämte Gedankengut und die antisemitischen Thesen der Schweizer „Anti-Zensur-Konferenz“ wiedergibt.⁶⁰ Deren Organ „Stimme und Gegenstimme“ wird ebenfalls auf der Internetseite der Vereinigung angeboten.⁶¹ Bei einer Führungsperson des Vereins wurde wegen des Verdachts auf illegalen Munitionsbesitz eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Dabei wurde die Polizei fündig.⁶²

Einige Personen, die im Geflecht rund um den „Freistaat Preußen“ aktiv waren, haben 2016 den „Freistaat Preußen – Deutsches Reich“ gegründet und unterhalten vom südlichen Brandenburg aus Beziehungen zu Gruppie-

⁵⁹ Vgl. rbb Online vom 9.6.2016: Wie gefährlich sind die Reichsbürger?, unter <http://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-09-06-2016/wie-gefaehrlich-sind-die-reichsbuerger.html>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

⁶⁰ Vgl. unter <http://rsv-brandenburg.de/blog/>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

⁶¹ Vgl. unter <http://rsv-brandenburg.de/portfolio>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

⁶² Vgl. Lausitzer Rundschau Online vom 9.2.2017: Polizei steht bei Reichsbürgern vor der Tür, unter <http://www.lr-online.de/nachrichten/Tagesthemen-Polizei-steht-bei-Reichsbuergern-vor-der-Tuer;art307853,5833082>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

rungen mit ähnlichen Namen im gesamten Bundesgebiet wie „Bundesstaat Bayern“, „Bundesstaat Sachsen“ oder „Bundesstaat Baden“. Teilweise verschicken diese Zusammenschlüsse gemeinsame „Anordnungen“ an Verwaltungen in ganz Deutschland.⁶³ Gegen einige der Mitglieder dieser „Bundesstaaten“ wird derzeit strafrechtlich ermittelt.⁶⁴

Die „Landgemeinde Hosena“ wurde 2016 von Aktivisten der „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Szene aus Senftenberg (Landkreis Oberspreewald-Lausitz) und Hoyerswerda (Sachsen) gegründet. Hosena ist ein Stadtteil von Senftenberg und gehörte früher zu Schlesien. Das Ausrufen von „Landgemeinden“, „Samtgemeinden“ oder „reaktivierten Gemeinden“ ist eine neuere Aktionsform des Milieus und wird ebenso in anderen Bundesländern (z.B. Sachsen-Anhalt, Bayern, Nordrhein-Westfalen) praktiziert.⁶⁵ Seit 2016 ist die „Stadtgemeinde Cottbus“ aktiv, seit 2017 die „Gebietskörperschaft Oranienburg“ (Landkreis Oberhavel). Solche informellen Zusammenschlüsse des Milieus waren in der Vergangenheit meistens nicht von langer Dauer. In den Jahren 2012 und 2013 gab es einen ähnlichen Versuch bereits in der Gemeinde Gosen (Landkreis Oder-Spree), wo für die Dauer von eineinhalb Jahren eine „Samtgemeinde“ gegründet wurde.⁶⁶

3. Regionale, unstrukturierte „Reichsbürger“-Milieus

Neben diesen Zusammenschlüssen haben sich in vielen Teilen Brandenburgs kleinere, unstrukturierte regionale „Reichsbürger“-Milieus herausgebildet. Oft handelt es sich um Menschen, die sich vom politischen System abgewandt haben, weil sie ihre Werte politisch nicht mehr vertreten fühlen.⁶⁷ Daher kann ein Teil dieses „Reichsbürger“-Spektrums mit dem Be-

⁶³ Vgl. „Amtsblätter des Staatenbundes Deutsches Reich“, unter <http://www.freistaat-preussen-info.world/>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

⁶⁴ Vgl. Zeit Online vom 21.3.2017: Polizei durchsucht Räume von Reichsbürgern, unter <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-03/reichsbuerger-bundesstaat-bayern-razzia-baden-wuerttemberg>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

⁶⁵ Vgl. unter <http://netzwerkvolksentscheid.de/2015/07/21/reorganisation-der-gemeinden-der-weg-aus-dem-dilemma-heraus/>, Stand der Abfrage: 23.12.2017. Vgl. auch Video vom 28.2.2016: Reaktivierung der Gemeinden, unter <http://bewusst.tv/reaktivierung-der-gemeinden/>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

⁶⁶ Vgl. zur „Grundgemeinde Gosen“ („freiWIND“) Wilking (Fn. 4), S. 233 ff., in diesem Band.

⁶⁷ Vgl. zur Abwendung vom politischen System in Brandenburg Botsch, Gideon (2011): Die extreme Rechte als „nationales Lager“ – „Versäulung“ im lebensweltlichen Milieu oder Marsch in die Mitte der Gesellschaft?, in: Kopke, Christoph (Hg.): Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextrêmes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven, Potsdam, S. 57 ff., unter http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2011/4084/pdf/kopke_grenzen.pdf, Stand der Abfrage: 23.12.2017. Auch Botsch verweist mit Blick

griff „Staatsverdrossenheit“ oder „Protest“ charakterisiert werden.⁶⁸ Mit dem etwas unpräzisen, aber eingängigen Begriff „Staatsverdrossenheit“ ist die mangelnde Anerkennung der politischen Ordnung (Idee der Demokratie, Form der Demokratie, Funktionieren der Demokratie) gemeint. Die Mehrheit dieses unstrukturierten Milieus eint die Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates mitsamt seiner Verwaltung. Sympathien für ein monarchisches System und kollektivistische Vorstellungen sind daher nicht selten anzutreffen in diesem Milieu. In allererster Linie fallen „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ allerdings auf, weil sie sich hartnäckig Bußgeldern, kommunalen Gebühren, Rundfunkbeiträgen und Steuerzahlungen widersetzen. Dazu richten sie umfangreiche Schreiben an die Kommunal- und Steuerverwaltungen. Auch Gerichte und andere Behörden sind davon betroffen. In diesen Schreiben bemängeln sie oft aus ihrer Sicht fehlende Unterschriften oder fehlende Rechtsgrundlagen. Zwar sind die Konsequenzen für die hartnäckige Verweigerungshaltung oft hohe Mahngebühren, Pfändungen, gerichtliche Verfahren oder gar Erzwingungshaft.⁶⁹ Aber bevor es so weit kommt, müssen die kommunalen Mitarbeiter im Innen- wie im Außendienst oft dem hohen Druck des Milieus standhalten. Zu den regionalen, unstrukturierten „Reichsbürger“-Milieus zählen in Brandenburg auch jene, die behaupten, sie seien aus der Bundesrepublik „ausgetreten“ und praktizierten nun „Selbstverwaltung“. Hinzu kommt ein größeres Umfeld politischer Sympathisanten. Als Mitläufer oder Trittbrettfahrer versenden sie gelegentlich Briefe an Verwaltungen. Vorlagen dafür finden sich schließlich zuhauf im Internet.

In Brandenburg versuchen immer wieder bundesweit operierende Aktivisten aus dem „Reichsbürger“-Milieu (z.B. Mustafa Selim Sürmeli mit seinem „Internationalen Centrum für Menschenrechte/Zentralrat Europäischer Bürger“ aus Stade bei Hamburg), Einfluss auf die regionalen, unstrukturierten Milieus zu gewinnen. Auf der Internetseite seiner Gruppierung fanden sich daher zeitweilig auch Kontaktadressen aus Brandenburg.⁷⁰

auf verschiedene Studienergebnisse darauf, dass sich bestimmte Milieus in den ostdeutschen Bundesländern von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten fühlen. Vgl. zur Hinwendung zum Milieu der „Reichsbürger“ in Brandenburg Feist, Mario (2010): Das „Fürstentum Germania“ – „Nicht rechts, nicht links, sondern vorne“?, in: Wilking/Kohlstruck (Fn. 20), S. 109 ff.

⁶⁸ Vgl. grundlegend Fuchs, Dieter (1989): Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.

⁶⁹ Vgl. zu Handlungsempfehlungen für den Außendienst und die Vollstreckung Caspar/Neubauer (Fn. 7), S. 191 ff., in diesem Band.

⁷⁰ Vgl. unter www.zeb-org.de, Stand der Abfrage: 26.3.2015 (aktuell nicht mehr abrufbar).

Auffällig ist, dass es immer wieder unstrukturierte Milieus gibt, die nach festen Strukturen streben. Häufig misslingt das bereits im Ansatz. In Potsdam versuchten „Reichsbürger“ aus Wiesenburg/Mark (Landkreis Potsdam-Mittelmark), mit Unterstützung hessischer Aktivisten eine Stiftung zu gründen, und scheiterten. Auch in Cottbus schlug der Versuch der „Reichsbürger“ fehl, den bereits erwähnten „Verein zur Förderung des Rechtssachverständes in der Bevölkerung – Brandenburg“ ins Vereinsregister eintragen zu lassen.

In der Stadt Großräschen im Landkreis Oberspreewald-Lausitz existiert eine besonders verhaltensauffällige Milieustruktur, die durch den bundesweit bekannten Verschwörungsideologen Rico H. geprägt wird. Dieser bedrohte – wie oben bereits ausgeführt wurde – zeitweilig Mitarbeiter der Kommunalverwaltung und bereitete in den letzten Jahren der Polizei und Gerichtsvollziehern viele Schwierigkeiten.⁷¹ Besondere Beziehungen pflegt er zum „Aktionsbündnis.gelberschein.info“ aus Königs Wusterhausen. Zusammen mit dem Hauptaktivisten der Gruppierung bot er Seminare zum Thema „Überwindung der Staatenlosigkeit“ an.

4. Milieumanager

Eine dritte Gruppe, die in Brandenburg eine Rolle spielt, kann als Milieumanager bezeichnet werden. Das sind Personen, die aus eigennützigen Zwecken ein Interesse daran haben, dass die Unterstützung für das politische System der Bundesrepublik nachlässt. Politische Krisensituationen wie die des Euro oder der militärische Konflikt im Osten der Ukraine sind ihre Geschäftsgrundlage. Sie suchen die Öffentlichkeit, halten Vorträge und schüren Ängste. Damit verdienen sie ihr Geld, denn sie verkaufen „Rechts- und Steuerberatung“, Seminarplätze, Geldanlagen, Bücher, Zeitschriften und andere Medien. Das in der „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Szene sowieso beliebte Internet nutzen auch diese „Manager“, um ihren Umsatz zu erhöhen. Dort sowie in Vortragsveranstaltungen und auf „Montagsdemonstrationen“ verbreiten sie Verschwörungsmuthe. Diese Personen sind nicht zwingend Rechtsextremisten. Sie verfolgen häufig eine bewusst legalistische Strategie.⁷² Die meisten Milieumanager wirken von außen auf Brandenburg ein. Dazu gehört Jo Conrad, ein bekannter Verschwörungsfantast, der bereits in der rechtsextremistischen Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ des nordrhein-westfälischen Neonationalsozialisten Meinolf Schönborn veröffentlichte.

⁷¹ Siehe dazu unter I.

⁷² Vgl. zur legalistischen Strategie Pfahl-Traughber, Armin (2004): Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn, S. 25.

Conrad hat 2012 mit seinem Projekt „Aufbruch-Gold-Rot-Schwarz“ (GRS) oder auch „Deutschland-Projekt“ versucht, das unstrukturierte „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Milieu für eine „Neuordnung Deutschlands“ zu gewinnen. Darunter war auch eine Brandenburger Gruppierung namens „freiWIND“ aus Schöneiche bei Berlin. In Brandenburg selbst gab es ebenfalls einen Milieumanager: Andreas Clauss. Im Jahr 2010 nahm er an einem „Wahrheits-Kongress“ des Schweizer Sektenführers Ivo Sasic teil. Auf dem gleichen Kongress trat auch die Holocaustleugnerin Sylvia Stolz, ehemalige Verteidigerin von Horst Mahler, auf. Clauss ist am 22.9.2016 verstorben. Die Informationsplattform „Sonnenstaatland“ schrieb über ihn u.a.: *„Clauss war einer der großen und echten Verdienere der Reichsbürgerszene, der – entgegen allem[,] was er propagiert hat – auch ganz ordentlich sein Gewerbe angemeldet und entsprechende Steuern etc. abgeführt hat. Er verkaufte teilweise wertelose [sic], Goldsparpläne‘ und diente sich als Verwalter von ‚pfändungssicheren Stiftungen‘ an. Es gab schon lange Gerüchte, dass Gut und Geld, welches Clauss als ‚Vorsitzendem‘ der jeweiligen ‚persönlichen‘ Stiftungen anvertraut wurden[,] auf Nimmerwiedersehen verschwunden war.“*⁷³

VI. „Reichsbürger“ – Feinde einer offenen Gesellschaft

1. Orientierung an den Strukturmerkmalen extremistischer Ideologien

Die in Brandenburg vorliegenden Schreiben von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ zeigen deutlich, das Milieu verfügt über keine geschlossene, sondern nur über eine fragmentarische, als „dünn“ zu bezeichnende Ideologie.⁷⁴ Sehr wahrscheinlich liegt hierin auch ein wesentlicher Grund, dass sich das Milieu so rasch vergrößert. Einige der wenigen „programatischen“ Dokumente sind die „21 Punkte zur tatsächlichen Situation in Deutschland“⁷⁵, die Veröffentlichung „Die ‚BRD‘-GmbH oder zur völkerrechtlichen Situation in Deutschland und den sich daraus ergebenden Chan-

⁷³ Vgl. unter <https://www.sonnenstaatland.com/2016/09/24/reichsbuergeridol-andreas-clauss-verstorben/>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

⁷⁴ Vgl. Priester, Karin (2007): Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt am Main, New York/USA.

⁷⁵ Vgl. unter <https://sonnenstaatland.wordpress.com/2013/04/05/21-punkte-zur-tatsachlichen-situation-in-deutschland-analyse-aufklarung/>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

cen für ein neues Deutschland“⁷⁶ sowie „Das Deutschland Protokoll“⁷⁷. Dennoch sind die Ansichten, die „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ in ihren Videoclips, Kommentaren und Schreiben vertreten, alles andere als harmlos. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass bestimmte politische Positionen dieses Milieus tief im Rechtsextremismus verwurzelt sind.⁷⁸ Dass der Rechtsextremismus für „Reichsbürger“ so etwas wie eine Wirtschafts-ideologie ist, wird von ihnen jedoch immer wieder verneint und vehement in Abrede gestellt. Aus der Perspektive einer streitbaren Demokratie ist es jedoch viel entscheidender, was jemand ist, als das, was er zu sein glaubt. Dafür werden nun typische „Strukturmerkmale extremistischer Doktrinen“ herangezogen, um zu prüfen, ob „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ über Gemeinsamkeiten im Denken mit denen verfügen, die als „Feinde einer offenen Gesellschaft“ bezeichnet werden können.⁷⁹ Dieser Analyseansatz ist insofern interessant, als er sich weniger am bewährten normativen Extremismusbegriff der Verfassungsschutzgesetze anlehnt, sondern rein politikwissenschaftlich ausgerichtet ist.

2. Dogmatischer Absolutheitsanspruch

Der dogmatische Absolutheitsanspruch manifestiert sich bei Extremisten in der Behauptung, ihre Einsichten und Behauptungen seien absolut wahr, allgemeingültig und nicht bezweifelbar. Kritikimmunität und Absolutheitsanspruch spiegeln sich auch in der „Reichsbürger“-Szene und bei „Selbstverwaltern“ wider. Dort herrscht neben vielen anderen verworrenen Auffassungen die Überzeugung, jeder Deutsche besäße eine latente, „verborgene“ Staatsangehörigkeit des Deutschen Reiches, die über Abstammung „vererbbar“ sei. Diese „vererbte“ Staatsangehörigkeit würde das Deutsche Reich „wiedererwecken“ und seine Handlungsfähigkeit wiederherstellen. Verbunden wird das mit der Aufforderung zur „Ahnenforschung“⁸⁰. Belegt werden soll die deutsche Abstammung anhand von Geburts-, Sterbe- und Heirats-

⁷⁶ Vgl. Maurer, Klaus (2016): Die „BRD“-GmbH oder zur völkerrechtlichen Situation in Deutschland und den sich daraus ergebenden Chancen für ein neues Deutschland, 3. Auflage, o.O.

⁷⁷ Vgl. Fröhner, Holger (2014): Das Deutschland Protokoll, Gelnhausen.

⁷⁸ Siehe dazu unter IV.

⁷⁹ Vgl. zu den nachfolgenden Merkmalen Pfahl-Traughber, Armin (2010): Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Doktrinen, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl, S. 9 ff.

⁸⁰ Vgl. unter <http://reichsmeldestelle.org>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

urkunden. Auch die Gruppierung „Bundesstaat Deutschland“ orientiert sich am Abstammungsprinzip. In den Vorschlägen zu einem künftigen „Verfassungsentwurf“ findet sich die Formulierung: *„Jeder Mensch, welcher den Nachweis der Abstammung durch Geburt in einem Bundesstaat (Preußen, Bayern, Hessen, Sachsen, Württemberg, [sic] etc.) erbracht hat, ist gleichzeitig auch Staatsangehöriger des Bundesstaat [sic] Deutschland.“*⁸¹ Die „Reichsbürger“-Ideologie beruht somit auf dem Fundament der Ethnie als konstituierendem Bedingungsfaktor für das künftige soziale Miteinander im ersehnten Deutschen Reich, welches an die Stelle der Bundesrepublik und damit auch an die Stelle der freiheitlichen demokratischen Grundordnung treten soll.

3. Identitäre Gesellschaftskonzeption

Eine identitäre Gesellschaftskonzeption überhöht die Bedeutung der Gruppe, des Kollektivs oder des Staates gegenüber dem Stellenwert des einzelnen Menschen und fordert dessen konformistische Unterordnung. Der Einzelne wird nicht als eigenständiges und souveränes Individuum angesehen, sondern sein Wert und seine Würde sind nur durch die Zugehörigkeit zu einer Gesamtgruppe oder zu einem Kollektiv bestimmt. Derartige Auffassungen plädieren für die politische Einheit von Regierenden und Regierten und richten sich gegen den Pluralismus als Bestandteil einer offenen Gesellschaft. Ein Beispiel für die Einheit von Regierenden und Staatsvolk im Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ist die Vorstellung einer „direkt aufsteigenden Demokratie“,⁸² die die von Peter Fitzek (siehe *Abbildung 4*) angeführte Gruppierung „NeuDeutschland“ (auch unter „Königreich Deutschland“ bekannt) aus Sachsen-Anhalt anstrebte. Diese – mittlerweile zerschlagene – sektenartige Struktur hatte eine „Verfassung“ mit einer konstitutionellen Wahlmonarchie niedergeschrieben. Aktives und passives Wahlrecht sollten nur die haben, die sich einen solchen Status „erarbeiten“.⁸³ Darin spiegelt sich die Fixierung auf Einheit und Geschlossenheit durch den jederzeit möglichen Ausschluss von abweichenden Auffassungen wider. Diese Vorstellungen zeugen zugleich von einem autoritären Staatsverständnis, das von einer Einheit von Regierenden und Regierten ausgeht.

⁸¹ Vgl. § 82 eines „Verfassungsentwurfs“, unter <https://www.verfassungsgebende-versammlung.com/was-ist-eine-vv/verfassungsentwurf/>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

⁸² Vgl. unter <http://krd-blog.de/produkt/verfassung-des-koenigreichs-deutschland/>, Stand der Abfrage: 25.8.2017 (aktuell nicht mehr abrufbar).

⁸³ Vgl. unter http://koenigreichdeutschland.org/de/verfassung.html#deu_verfassung, Stand der Abfrage: 23.12.2017.



Abbildung 4: Zu viel Rio Reiser gehört: Der Koch Peter Fitzek wollte „König von Deutschland“ sein⁸⁴

4. Dualistischer Rigorismus

Das Merkmal des dualistischen Rigorismus bezeichnet in extremistischen Ideologien den Hang zur unnachgiebigen Polarisierung. Extremisten werten somit einerseits die eigenen Auffassungen als allein richtig und verteidigungswert auf und diffamieren andererseits andersdenkende Positionen als falsch und verwerflich. Solche Einstellungen führen oft zu zweiteiligen Deutungsrastern und teilweise zu dämonisierten Feindbildern. Besonders im „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Milieu fällt diese Einstellung ins Gewicht. Mit Rückgriffen auf diverse Verschwörungsfantasien, die oft auf antisemitischen Annahmen beruhen, werden vielfältige Feindbilder konstruiert. Teilweise richten sie sich auf den Feind in den eigenen Reihen. So versuchte Peter Fitzek (siehe *Abbildung 4*), einen seiner Kritiker mit einer antisemitischen Äußerung mundtot zu machen: *„Diese Rolle des Judas spielst Du wirklich gut [...]. Eine gewisse Volksgruppe, die vorherrschend Deine Nasenform hat, lebt seit Langem in ähnlichen Lügen und wartet immer noch auf ihren Erlöser. Erlöst werden sie dann, wenn sie diesem dann in der entsprechenden Zeit ihre Mittel und Kraft zur Transformation der Welt zur Verfügung stellen und ihre Rolle als Sklaven des Dunklen freiwillig beenden.“*⁸⁵

⁸⁴ Bild: <http://de-de.facebook.com/NeuDeutschland>, Stand der Abfrage: 25.8.2017 (aktuell nicht mehr abrufbar).

⁸⁵ Vgl. unter <http://krd-blog.de/peter-fitzek-und-richard-gantz-die-letzte-email/>, Stand der Abfrage: 25.8.2017 (aktuell nicht mehr abrufbar).

Oft richten sich die Feindbilder gegen demokratisch gewählte Regierungen, denen per se unterstellt wird, sie würden Politik nur inszenieren, um die Staatsbürger allesamt hinters Licht zu führen. Auf der Internetseite der Cottbuser Gruppierung „Verein zur Förderung des Rechtssachverständes in der Bevölkerung – Brandenburg“ (RSV-Brandenburg) wurde unterstellt, dass der islamistische Anschlag auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ vorgetäuscht gewesen sei: *„Ich bin ein unbewusster, hirnloser Idiot. Nach dem inszenierten Anschlag auf ein staatlich subventioniertes Satire Magazin in Paris folgen viele ‚Menschen‘ einer Werbekampagne und wollen ‚charlie‘ sein. Aber was bedeutet das? Es ist ein Bekenntnis[,] was seinesgleichen sucht[,] und obendrein eine Verhöhnung durch die Federführenden.“*⁸⁶

5. Holistische Steuerungsabsichten

Unter holistischen Steuerungsabsichten wird der Anspruch von Extremisten verstanden, ganzheitliche Aussagen über die Beschaffenheit und Entwicklung von Gesellschaften zu machen. Daraus leiten Extremisten oft einen Anspruch auf eine totale Steuerung der Gesellschaft ab. Als exemplarisch für das Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ kann die angestrebte Überwindung der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer freiheitlichen demokratischen Grundordnung gelten. In einem Flugblatt des eben schon genannten Vereins „RSV-Brandenburg“ aus Cottbus heißt es: *„Die nach dem Krieg von den Siegermächten eingesetzte Verwaltungsorganisation des besetzten Gebietes (sprich BRD GMBH Handelsregistereintragung HRB 51411 haftbar mit 25000 Euro) hat im Namen für Deutschland (also uns Bürgern) ca. 2 Billionen Euro Schulden aufgenommen. [...] Das Kasperletheater demokratische (Volksbestimmte) Wahl dürfte jeder als Betrug und alles andere als Demokratie erkannt haben [...] Wer in diesem Land unzufrieden ist[,] sollte [...] andere Menschen über diese Zusammenhänge und Ungerechtigkeit aufklären und dann als Gruppe direkten Einfluß auf die unterste Verwaltungsebene Bürgermeister ausüben. [...] Die Bürgermeister muß man [...] mit Masse damit konfrontieren.“*⁸⁷ Solche Auffassungen sollen die Gesellschaft ganzheitlich prägen, was notwendigerweise auch drastischere Maßnahmen zur Umsetzung solcher Ziele nach sich ziehen kann. Die umfangreichen Waffen- und Munitionsfunde der letzten Jahre deuten auf weiter gehende Absichten im Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ hin.

⁸⁶ Vgl. unter <http://rsv-brandenburg.de/>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

⁸⁷ Vgl. unter <http://rsv-brandenburg.de/dokument/ordner/dl.php?datei=51>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

6. Fundamentale Verwerfung

Die Einstellung der fundamentalen Verwerfung bezieht sich auf die absolute und rigorose Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates mit seiner freiheitlichen demokratischen Grundordnung und stellt somit das Kernmerkmal des politischen Extremismus dar. Im extremistischen Denken stellt die bestehende politische und soziale Ordnung etwas fundamental Schlechtes dar, das durch eine grundlegende Umwälzung zugunsten eines anderen idealisierten Gesellschaftsmodells überwunden werden müsse. Auch bei „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ nimmt die fundamentale Verwerfung eine zentrale Rolle ein. Die Bundesrepublik Deutschland ist im Verständnis dieser Milieus fundamental illegitim und damit auch fundamental schlecht. Durch die Diffamierung als „Scheinstaat“ oder „BRD GmbH“ wird der Bundesrepublik Deutschland jegliche Staatlichkeit abgesprochen. Die Zielsetzung der „Reichsbürger“-Agitation ist somit nicht die Teilnahme an den politischen Prozessen innerhalb des bestehenden politischen Systems. Sie sehen sich vielmehr als Gefangene in einem ihnen fremden Feindstaat und verfolgen eine darauf ausgerichtete außerstaatliche Obstruktionsstrategie. Dazu gehört auch die Gründung von „Staatenbünden“.

Zielsetzung ist die Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung durch ein wie auch immer geartetes Reichsfantasiegebilde. Damit sind sie eine sicherheitsgefährdende Bestrebung gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes im Sinne des § 4 Abs. 1 Nr. 1 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes (BbgVerfSchG)⁸⁸.

7. Gewalttätigkeit

Der extremistische Charakter einer politischen Bestrebung ist nicht nur aus den politisch-programmatischen Äußerungen, sondern auch aus dem Handlungsstil ableitbar. Dazu gehört die Frage der Gewalt als strategische Handlungsoption. Gewaltandrohungen gehören in Teilen des Milieus bereits seit Längerem zum politischen Handlungsfeld, wobei bislang nur Einzelpersonen tatsächlich zur Gewaltanwendung neigen. Die Gewalttaten von Adrian U. in Reuden und Wolfgang P. in Georgensgmünd deuten allerdings darauf hin, dass innerhalb der Szene immer wieder mit Radikalisierungsschüben gerechnet werden muss. Die Frage, ob die Schussverletzung, die Adrian U. einem

⁸⁸ Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg vom 5.4.1993, Gesetz- und Verordnungsblatt Teil I, S. 78, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2014, Gesetz- und Verordnungsblatt Teil I, Nr. 44.

Polizeibeamten in Reuden zugefügt hat, als Gewalttätigkeit mit einkalkulierter Tötung oder der Todesschuss von Wolfgang P. in Georgensgmünd als Gewalttätigkeit mit bewusster Mordabsicht zu werten sind, sind im Fall von Wolfgang P. mittlerweile geklärt. Für Wolfgang P. sei durch die Schüsse kein Mensch, sondern lediglich ein Amtsträger gestorben, wurde der Vorsitzende Richter des Landgerichts Fürth-Nürnberg zitiert. Ein solcher Angriff auf Repräsentanten des Staates sei verachtenswert und stehe auf tiefster Stufe.⁸⁹ Aus Äußerungen von einzelnen „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ in den sozialen Netzwerken lässt sich schlussfolgern, dass der Tod von Polizisten als Folge subversiver Aktivitäten einkalkuliert wird. Im Vorfeld der Aktion „Sturm auf den Reichstag“ am 8.5.2015 äußerte man sich entsprechend: *„Wer sich uns in den Weg stellt, muss damit rechnen vernichtet zu werden. Sollten uns Polizisten ohne Gegenwehr passieren lassen, gibt es auch keinen Grund, Widerstand zu leisten.“*⁹⁰

VII. Fallbeispiele für antidemokratische Bestrebungen

1. „Die Exil-Regierung Deutsches Reich“

„Die Exil-Regierung Deutsches Reich“ hat sich 2012 von Norbert Schittkes „Exilregierung Deutsches Reich“ abgespalten. In ihren deutschlandweiten Vorträgen zur „BRD GmbH“ macht die Gruppierung keinen Hehl daraus, dass sie die bestehende politische Ordnung als fundamental ablehnt und die Demokratie durch ein anderes, traditionalistischeres Staats- und Gesellschaftsmodell ablösen will. Organisatorisch betrachtet ist „Die Exil-Regierung Deutsches Reich“ der bundesweit größte „Reichsbürger“-Zusammenschluss, wobei keine genauen Mitgliederzahlen vorliegen. In der Region Berlin-Brandenburg trifft sich die Gruppe allerdings mit teilweise bis zu 60 Mitgliedern und Sympathisanten. Strategisch ist sie um Mitgliedererwerb bemüht und versucht, die regionalen, unstrukturierten „Reichsbürger“-Milieus an sich zu binden.

⁸⁹ Vgl. Maxwill, Peter (2017): Urteil in „Reichsbürger“-Prozess. Ein „wahrhaftiger Mensch“, ein Mörder, in: Spiegel Online vom 23.10.2017, unter <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/reichsbuerger-prozess-ein-wahrhafter-mensch-ein-moerder-a-1174273.html>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

⁹⁰ Vgl. unter <https://de-de.facebook.com/kundgebungen/posts/805942409474242>, Stand der Abfrage: 25.8.2017 (aktuell nicht mehr abrufbar); Hinweise auf dieses Zitat finden sich auch unter <https://forum.sonnenstaatland.com/index.php?topic=1431.15> unter „Antwort #20“ vom 6.3.2015, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

„Die Exil-Regierung Deutsches Reich“ ist bundesweit politisch tätig und lädt jeden Monat an verschiedenen Orten in Deutschland zu „Bürgertreffen“ bzw. „Informationsveranstaltungen“ ein, mit denen sie ihre Anhängerschaft zu vergrößern versucht. Ziel der Gruppierung „Die Exil-Regierung Deutsches Reich“, die sich selbst als „*legitime Regierung der Deutschen*“ ansieht, ist die Reorganisation des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1871 als Deutsches Kaiserreich. Verfassung und Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland sieht die Gruppierung als nichtig an. Ihre Hauptvertreter treten in Videos auf YouTube für eine am Kaiserreich von 1871 orientierte Monarchie in Deutschland ein.⁹¹ Damit ist ihr Weltbild vor allem durch nationalistische, zentralistisch-staatsautoritäre Prinzipien bestimmt. „Die Exil-Regierung Deutsches Reich“ postuliert darüber hinaus eine Gemeinschaftsordnung auf Basis ethnischer Identität. Die Gruppierung empfiehlt auf ihrer Internetseite, die bereits oben erwähnte Ahnenforschung zu betreiben. Ebenso finden sich dort unter der Überschrift „Deutsch den Deutschen oder die geplante Vernichtung einer Sprache“ nationalsozialistische Diktion sowie fremdenfeindliche, antisemitische und rassistische Anspielungen. Von „*politisch bevorzugten Migrationshintergründern mit fehlender Lern- und Integrationsbereitschaft*“ und von „*geistig umerzogenen und verblendeten Deutschen*“ ist die Rede. Ebenso dürfe das „*deutsche Volk [...] nicht weiter bestehen wie bisher. [...] Eigenschaften nimmt man einem Volk durch Senkung des Bildungsstandes und rassische Mischung und damit genetische Kreuzung.*“⁹²

Die Behauptung, die Bundesrepublik Deutschland sei illegal und existiere nicht, wird durch die Gruppierung mit der Aufforderung verbunden, keine Steuern, Abgaben oder Bußgelder in Deutschland zu bezahlen. „Die Exil-Regierung Deutsches Reich“ bietet vorgefertigte Beschwerde- bzw. Widerspruchsschreiben zum Download im Internet an. Haupteinnahmequelle ist der Verkauf von wertlosen „Reichsdokumenten“, für die bis zu 120 Euro Gebühren verlangt werden.⁹³ Die Hauptakteure sind in Brandenburg und Berlin ansässig. In Berlin befindet die Kontaktadresse der Gruppe.

Aktuell versucht die Gruppierung „Die Exil-Regierung Deutsches Reich“, Überfremdungsängste zu stärken und Visionen des Untergangs der Deutschen zu schüren. Sie kündigt eine bevorstehende Weltherrschaft des „politischen Zionismus“ an. Nationalstaaten sollen unter Druck gesetzt und zugunsten

⁹¹ Vgl. unter <http://friedensvertrag.org/index.php/aktuelles/453-im-glanze-vergangener-zeiten>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

⁹² Vgl. unter <http://friedensvertrag.org/index.php/aktuelles/418-deutsch-den-deutschen-oder-die-geplante-vernichtung-einer-sprache>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

⁹³ Vgl. unter <http://friedensvertrag.org/index.php/reichsmeldeamt>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

einer von Juden beherrschten „Neuen Weltordnung“ ausgelöscht werden.⁹⁴ Die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland lehnt die Gruppierung ab und spricht davon, dass der „*Holocaust gegen die deutschen Völker*“ inzwischen eine neue Qualität erreicht habe. Flüchtlinge nennt sie „*Invasoren*“ und Flüchtlingsunterkünfte „*Invasorenunterkünfte*“.⁹⁵ Die völkische, antisemitische und rassistische Ideologie der Gruppierung wird durch solche Auffassungen deutlich.

2. „Freistaat Preußen“ und Nachfolgeorganisation „Provinz Brandenburg – Freistaat Preußen“

Die Gruppierung „Freistaat Preußen“ wurde 2014 von einer mittlerweile verstorbenen Kleinstunternehmerin gegründet, deren unternehmerische Aktivitäten mehrfach in der Insolvenz endeten. Die Gruppierung war in Brandenburg gut vernetzt und konnte in einigen Regionen des Landes Aktivisten aus regionalen Milieus in Cottbus, Potsdam und Brück (Landkreis Potsdam-Mittelmark) an sich binden. Gemessen an den Mitgliederzahlen und politischen Sympathisanten gehörte auch der „Freistaat Preußen“ mit zu den größten Vereinigungen des „Reichsbürger“-Milieus in ganz Deutschland. Der „Freistaat Preußen“ verfügte über 200 Mitglieder und Sympathisanten. Davon stammten die meisten aus Brandenburg. Ein geringer Anteil kam aus Berlin, Sachsen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Nach einer polizeilichen Maßnahme im Februar 2017 und internen Auseinandersetzungen spaltete sich der „Freistaat Preußen“ im Frühjahr 2017 auf. Ein Teil der Mitglieder gründete den „Freistaat Preußen – Deutsches Reich“. Der verbliebene Teil nennt sich „Provinz Brandenburg – Freistaat Preußen“. Zu den mit der „Provinz Brandenburg – Freistaat Preußen“ verbundenen Strukturen gehören die „Stadtgemeinde Cottbus“ sowie der „Verein zur Förderung des Rechtssachverständes in der Bevölkerung – Brandenburg“ (RSV-Brandenburg).

Die ursprüngliche Vereinigung „Freistaat Preußen“ wurde organisatorisch aus Cottbus gesteuert. In der dort aktiven Gruppierung „Provinz Brandenburg“ sammelten sich die meisten Aktivisten. Von dort aus wurden auch bundesweit mit dem „Freistaat Preußen“ verbundene Gruppierungen – die „Provinzen“ – aus dem Norden und Westen Deutschlands mit Unterlagen (z.B. mit Fantasie-

⁹⁴ Vgl. unter <http://friedensvertrag.org/index.php/aktuelles/443-nachruf-auf-die-deutschen-völker>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

⁹⁵ Vgl. unter <http://friedensvertrag.org/index.php/aktuelles/467-clausnitz-bautzen>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

papieren) versorgt. Weiter regionale Schwerpunkte des „Freistaates Preußen“ lagen in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark und Dahme-Spreewald sowie in der Landeshauptstadt Potsdam. Der „Freistaat Preußen“ gliederte sich bundesweit in acht „Provinzen“. Alle unterstanden einer „Administrativen Regierung Freistaat Preußen“, die in Rheinland-Pfalz ansässig war. Daneben gab es eine „Stabsstelle“, die sich „*Auswärtiges Amt Freistaat Preußen*“ nannte. Die Aktivisten, die in der „Stabsstelle“ aktiv waren, kamen aus Brandenburg. Verbunden war all dies durch aufwendig und relativ professionell wirkende „Weltnetzseiten“. Veröffentlicht wurden „Bekanntmachungen“, skurrile „Urteile“ aus der eigenen Organisation und Anordnungen. Verwiesen wird auf Publikationen wie „Das Deutschland Protokoll“⁹⁶. Ebenfalls konnten Fantasiepapiere wie ein „Staatsangehörigkeitsausweis“ erworben werden, wobei in diesem Fall eine Kopie des Personalausweises und „*Abstammungsnachweise bis mindestens 1913*“ beizufügen waren. Laut „*vorläufiger Gebührenordnung des Freistaat Preußen*“ wurden für dieses wertlose Stück Papier 35 Euro berechnet.⁹⁷ Des Weiteren wurden diverse vorgefertigte Vordrucke wie „*Rückgabe des Personalausweises*“ zum freien Download angeboten.⁹⁸

Daneben präsentierte sich die Gruppierung auf Facebook, Twitter, YouTube und Scribd. In der Gesamtbetrachtung finden sich nahezu alle Argumentationsmuster wieder, welche das „Reichsbürger“-Milieu prägen: Die Bundesrepublik Deutschland habe keine gültige Verfassung und sei kein souveräner legitimer Staat, ein Friedensvertrag fehle und daher bestünde nach wie vor der Kriegszustand. Außerdem sei der „Freistaat Preußen“ nach dem Zweiten Weltkrieg völkerrechtswidrig aufgelöst worden. Die Anhänger betrachteten ihren „Freistaat“ als souverän. Sie glaubten ebenfalls, sie lebten mitsamt ihres „Freistaates“ einstweilig im Exil. In einem Interview mit dem Inforadio äußerte sich eine brandenburgische Anhängerin vom „Freistaat Preußen“ über dessen Ziele wie folgt: „*Wir wollen unsere Verwaltung aufbauen, unseren völkerrechtlich konformen Staat aufbauen, wir wollen in das Völkerrecht kommen, wo die Würde des Menschen unantastbar ist – das macht die BRD nicht. Die BRD ist ein reines Firmenrecht, wir sind nur im Handelsrecht und klar, der BRD gefällt es natürlich nicht. Aber unser Ziel ist es nicht, irgendetwas lahmzulegen, unser Ziel ist es, etwas aufzubauen, nämlich einen Staat wieder*

⁹⁶ Vgl. Hill, Ralf Uwe (2007), Das Deutschland Protokoll, o.O.

⁹⁷ Vgl. unter <http://freistaat-preussen.info/service/geb%C3%BChrenordnung.html>, Stand der Abfrage: 15.11.2016 (aktuell nicht mehr abrufbar).

⁹⁸ Vgl. unter <http://freistaat-preussen.info/download-bereich/category/5-textvorlagen.html>, Stand der Abfrage: 15.11.2016 (aktuell nicht mehr abrufbar).

aufzubauen.“⁹⁹ In Schreiben an Verwaltungen war von der „BRD GmbH“¹⁰⁰ und von der „Firma Land Brandenburg“ die Rede. Mitarbeitern öffentlicher Verwaltungen wurde „illegales Handeln“, „Amtsmissbrauch“ und „Amtsanmaßung“ vorgeworfen. Ihre Auffassung untermauerten die Möchtegern-Preußen u.a. mit der Abgabe ihrer Personalausweise bei den Behörden. Von den zahlreichen „Reichsbürger“-Meldungen in Brandenburg bis Ende des Jahres 2015 standen sehr viele mit dem „Freistaat Preußen“ in Verbindung. Die Abspaltung „Freistaat Preußen – Deutsches Reich“ setzt diese Aktivitäten fort.

Ideologisch war der „Freistaat Preußen“ revisionistisch orientiert. Auf der Homepage hieß es: *„Über das 3. Reich können und wollen wir an dieser Stelle nicht viel schreiben. Wichtig zu wissen ist, dass die meisten Bücher sehr einseitig und verfälscht die Geschichte wiedergeben [...] Im Gegensatz zur [sic] einer Diktatur, haben die Nationalsozialisten nicht die ‚Macht‘ ergriffen, sondern Adolf Hitler wurde vom deutschen Volk in freier Selbstbestimmung [...] gewählt [...] Von einer Nazi-Diktatur kann daher wohl kaum die Rede sein!“*¹⁰¹ Der Verein versuchte darüber hinaus, völkisch-nationalistische und rassistische Stereotype zu verbreiten: *„Na ja, der DFB tritt ja für die BRD nun in Frankreich mit seiner Mannschaft auf einer internationalen Bühne an mit seinem Aufgebot als ‚Nationalmannschaft‘ ...? In welchen Farben lief denn die Fußball-‚Nationalmannschaft‘ der BRD bisher bei internationalen Wettbewerben (lateinisch Inter: zwischen, lateinisch national: völkisch, also diesem ‚zwischenvölkischen Fußballwettbewerb[‘] so auf?“*¹⁰² Damit orientierte sich der „Freistaat Preußen“ argumentativ am völkischen Nationalismus, der nationalistisch-antisemitischen Strömung, die Ende des 19. Jahrhunderts entstand und für den Nationalsozialismus bestimmend wurde.¹⁰³

Bei der Nachfolgeorganisation „Provinz Brandenburg – Freistaat Preußen“ ist das nicht anders. Sie setzt allerdings andere Akzente und macht vor allem aus ihrer antisemitischen Grundeinstellung und dem damit einhergehenden homogenen Volksbegriff keinen Hehl. In einem Aufruf *„Konzerne brauchen Wachstum, Menschen benötigen Frieden!“* finden sich die entsprechenden Hinweise: *„Bei näherer Betrachtung der Realität [...] steht [sic] auf der einen*

⁹⁹ Vgl. unter <http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2016/03/reichsbuerger-brandenburg-preussen-portraet.html>, Stand der Abfrage: 15.11.2016 (aktuell nicht mehr abrufbar).

¹⁰⁰ Siehe dazu unter IV. 3.

¹⁰¹ Vgl. unter <http://www.freistaat-preussen.info>, Stand der Abfrage: 15.11. 2016 (aktuell nicht mehr abrufbar).

¹⁰² Vgl. unter <http://freistaat-preussen.info/attachments/article/184/Zur%20EM.pdf>, Stand der Abfrage: 15.11.2016 (aktuell nicht mehr abrufbar).

¹⁰³ Vgl. Puschner, Uwe/Schmitz, Walter/Ulbricht, Justus H. (Hg.) (1996): Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871-1918, Berlin.

Seite die Völker dieser Erde und auf der anderen Seite ein paar Familien, welchen die 50 bis 100 Konzerne dieser Welt gehören. Wenn es tatsächlich überhaupt so viele sind, denn je tiefer man versucht zu blicken, um so [sic] dunkler wird es. [...] Die völlige Interessenlosigkeit gegenüber der [sic] nächsten Generationen [...] zeigt sich deutlich in der ausgesprochenen Egomane, krankhaften Ich-Sucht [...] der heutigen Gesellschaften. Welche letztlich wieder durch die Manipulation der Massen durch die Medien entarten konnte. Gute Werte werden durch diese nicht mehr vermittelt. Alles[,] was unseren Ahnen gut und heilig war[,] wird heute in den Dreck getreten. Man wird verfolgt und verleumdet, wenn man das Wort Heimat, Nation, Brauchtum [...] und Volk ausspricht. Ein Volk ohne Wissen seiner Geschichte [...] hat keine Zukunft.“¹⁰⁴ Am Ende des Aufrufes bricht sich dann die antipluralistische Vorstellung einer Einheit von Regierenden und Regierten Bahn: „Das Bindeglied zwischen den Völkern und den Konzernen sind die Parteien. Es sind Vereine, welche wie Logen aufgebaut sind. Man hat sie bewußt [sic] zwischen Volk und Regierungen installiert, um die Völker von jeglicher Mitbestimmung abzuschneiden.“¹⁰⁵

Daran zeigt sich, dass beim „Freistaat Preußen“ und seiner Nachfolgeorganisation „Provinz Brandenburg – Freistaat Preußen“ durchaus Bezüge zu klassischen rechtsextremistischen Ideologieelementen vorhanden waren bzw. immer noch vorhanden sind. Sie treten jedoch etwas abgeschwächerter als bei der Gruppierung „Die Exil-Regierung Deutsches Reich“ hervor. Dennoch lassen sich die oben¹⁰⁶ vorgestellten „Strukturmerkmale extremistischer Doktrinen“ nachweisen: dogmatischer Absolutheitsanspruch, identitäre Gesellschaftskonzeption, dualistischer Rigorismus, holistische Steuerungsabsichten und fundamentale Verwerfung – all dies erfüllte der „Freistaat Preußen“ bzw. erfüllt die „Provinz Brandenburg – Freistaat Preußen“ durchaus. Ebenso lassen sie sich am Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetz (BbgVerfSchG) und damit am normativ ausgerichteten Extremismusbegriff messen. Danach handelt es sich beim „Freistaat Preußen“ und seiner Nachfolgeorganisation nicht nur um einen Zusammenschluss verhaltensauffälliger Einzelpersonen. Vielmehr sind beide als Personenzusammenschlüsse zu verstehen, die ziel- und zweckgerichtete, aktive Verhaltensweisen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung aufwiesen bzw. immer noch entfalten.

¹⁰⁴ Vgl. unter <http://provinz-brandenburg.org/2017/09/07/konzerne-brauchen-wachstum-menschen-benoetigen-frieden/>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

¹⁰⁵ Vgl. unter <http://provinz-brandenburg.org/2017/09/07/konzerne-brauchen-wachstum-menschen-benoetigen-frieden/>, Stand der Abfrage: 23.12.2017.

¹⁰⁶ Siehe dazu unter VI.

VIII. Fazit

Die Betrachtung des „Reichsbürger“-Milieus in Brandenburg hat ergeben, die Ansichten von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ sind ideologisch tiefer im rechtsextremistischen Denken verankert als bisher angenommen. Die einzelnen Elemente ihrer historisch-fiktionalen Gegenerzählung – reale Geschichte und erfundenes Beiwerk, geschichtsrevisionistische Mythen und Verschwörungsfantasien – erleichtern es dem Milieu, an politik- bzw. staatsverdrossene Stimmungen in der Bevölkerung anzuknüpfen. Auch Taktik und Methoden rechtsextremer Propaganda sind deutlich sichtbar. Dazu zählen das Schüren einer Krisenstimmung durch die systematische Abwertung der parlamentarischen Demokratie sowie ständige Diffamierung und Delegitimierung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner Vertreter. Dies wird sicherlich zum Anwachsen des „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Milieus in Brandenburg und andernorts beigetragen haben. Mehr noch: Potenzielle „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ werden mit der Aussicht auf Zugang zu exklusiven, geheimen Kenntnissen geködert, um sich den einzelnen regionalen Milieus anzuschließen. Gideon Botsch deutet dies so: *„Man gehört einer außerordentlichen Gruppe an, die Einsicht in Zusammenhänge hat, welche anderen verborgen bleiben.“*¹⁰⁷

Individuelle Motivationen zum Mitmachen sind vielfältig. Sie können politischer, wirtschaftlicher, aber auch psychosozialer Natur sein. Die Szene bündelt knallharte Rechtsextremisten, Menschen in wirtschaftlichen oder gar gesundheitlichen Nöten, Frustrierte, Neugierige und solche, die das Milieu als Geschäftsmodell entdeckt haben. Nicht jeder Szeneaktivist ist daher automatisch als Rechtsextremist zu werten. Je länger er sich jedoch im Milieu bewegt, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass er den dort vorherrschenden rechtsextremistischen Grundton verinnerlicht. Je weiter entfernt urbane Zentren liegen, desto größer scheint die Sogkraft zu sein. Gemeinsam wird der Glaube an die nicht existierende Bundesrepublik Deutschland kultiviert oder zumindest die Überzeugung, man könne aus ihr wie aus einem Verein einfach austreten und sich aller Pflichten entledigen. Dieses Milieu lebt in einer Parallelwelt und zimmert sich dort einen internetbezogenen Verschwörungsextremismus zusammen. Außerhalb der eigenen Parallelwelt herrschen Lug und Trug. Sich selbst wähnt man in der Rolle des Erleuchteten und eifrigen Missionars. Insofern ist das aktuell anwachsende „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Milieu auch Ausdruck einer offenen und pluralistischen

¹⁰⁷ Botsch (Fn. 24), S. 37.

Gesellschaft, die einige schlicht darin überfordert, die damit einhergehende Komplexität zu reflektieren. Wenn wirre, dumpfe und auf rechtsextremistischen Kernideologemen beruhende Verschwörungszirkel Zulauf haben, verliert die Demokratie an einer sehr sensiblen Stelle Bindungs- und Integrationskraft. Denn diese Zirkel richten ihre Weltsichten nicht nur nach innen. Sie richten sie sendungsbewusst vielmehr nach außen und nutzen die Mittel der offenen Gesellschaft für die Etablierung ihrer Gegenöffentlichkeit. Ab einem bestimmten Punkt erzwingen sie so die Auseinandersetzung über ihre verworrenen Thesen. Und ab exakt diesem Zeitpunkt werden ihre Verschwörungsfantasien Bestandteil des Diskurses selbst. Mit jemandem einen rationalen Diskurs führen zu müssen, der sich rationalem Denken vollends entzieht, ist jedoch schwierig.

Für die Sicherheitsbehörden und die Zivilgesellschaft sind „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ eine große Herausforderung. Wenn es einzelnen Milieumanagern, „Exilregierungen“ oder größeren Milieus gelingt, die Aktivisten tief in diese parallele, von anderen nicht nachzuvollziehende Deutungswelt einzubinden, dann besteht die Gefahr, dass sich dieses Lager weiter festigt und verschließt. Da die meisten Thesen der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ Merkmale des extremistischen Denkens aufweisen und gezeigt werden konnte, dass einzelne Gruppierungen beginnen, rechtsextremistische Ideologie zu verbreiten, besteht die Gefahr, dass sich der Aktionismus und die Aggressionen in diesem Milieu verstärken.¹⁰⁸ Erste Anzeichen zeigten sich bereits in den vergangenen Jahren mit Drohungen gegenüber Angestellten des öffentlichen Dienstes und körperlichen Übergriffen auf diese. Der Mord am Polizisten Daniel E. am 19.10.2016 in Georgensgmünd hat deutlich gemacht, dass im Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ bereits Radikalisierungsprozesse stattfinden. Verfassungsschutz, Polizei und die Zivilgesellschaft müssen das „Reichsbürger“-Milieu weiterhin im Blick behalten und Radikalisierungstendenzen entschieden begegnen. Die nachrichtendienstliche Beobachtung der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ wird dabei eine wichtige Hilfestellung sein.

¹⁰⁸ Vgl. Freitag, Jan/Hüllen, Michael/Krüger, Yasemin (2017): Zur Entwicklung der Ideologie der „Reichsbürger“, in: Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 29. Jahrgang, Baden-Baden, S. 159 ff.